

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern – Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz

A. Problem und Ziel

Mit dem Gesetz wird der Zugang von Ausländerinnen und Ausländern zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) und dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) neu geregelt. Zudem wird die Sprachförderung des Bundes für weitere Personengruppen geöffnet, um ihnen die Aufnahme einer möglichst bedarfsdeckenden Beschäftigung zu erleichtern. Damit werden zentrale Vereinbarungen des Koalitionsvertrages zwischen CDU, CSU und SPD umgesetzt:

Die Regelungen des Integrationsgesetzes sollen entfristet werden. Die Zugangsvoraussetzungen zu den ausbildungs- und berufsvorbereitenden Leistungen sollen vereinheitlicht und für die Gruppe der Geduldeten mit dem rechtlichen Arbeitsmarktzugang harmonisiert werden. Gleichzeitig sollen insbesondere diejenigen, bei denen die Ausreise kurzfristig nicht zu erwarten ist, Angebote für den Spracherwerb bekommen, ohne dass es zu einer Verfestigung von Aufenthaltsrechten und einer Gleichstellung mit denjenigen kommt, die eine rechtliche Bleibeperspektive haben.

Zugang von Ausländerinnen und Ausländern zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung

Viele arbeitsmarktpolitische Leistungen und Maßnahmen nach dem SGB III stehen Ausländerinnen und Ausländern mit Arbeits- beziehungsweise Ausbildungsmarktzugang unmittelbar offen. Für den Zugang zur Förderung von Berufsausbildung einschließlich Leistungen zum Lebensunterhalt und Ausbildungsvorbereitung im SGB III und im SGB II gilt dies nicht im selben Maße. Hier bestehen für Ausländerinnen und Ausländer nach Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus und zum Teil nach Voraufenthaltszeiten in Deutschland differenzierende und sehr unübersichtliche Zugangsregelungen mit in vielen Fällen engen Voraussetzungen.

Im Ergebnis führen diese Zugangsregelungen dazu, dass viele Ausländerinnen und Ausländer wie zum Beispiel Unionsbürgerinnen oder Unionsbürger und Menschen mit Fluchthintergrund Zugang zu verschiedenen Leistungen zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung erst nach langen Voraufenthaltszeiten oder gar nicht bekommen. Gerade bei der Integration von jungen Menschen mit Fluchthintergrund kommt es verstärkt vor, dass eine sinnvolle Förderungsmöglichkeit nicht eröffnet ist.

Ziel ist die Vollziehung eines Systemwechsels: Der Zugang von Ausländerinnen und Ausländern zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung soll grundlegend neu geregelt werden.

Frühzeitige Eingliederung von Ausländerinnen und Ausländern in den Arbeitsmarkt

Neben der Neukonzeption des Zugangs zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung sollen Gestattete, bei denen ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist, unbefristet weiterhin frühzeitig die für die Eingliederung in den Arbeitsmarkt erforderlichen vermittlungsunterstützenden Leistungen der aktiven Arbeitsförderung erhalten können.

Integrationskurs und berufsbezogene Deutschsprachförderung

Mangelnde deutsche Sprachkenntnisse von Ausländerinnen und Ausländern sind nach Einschätzung der Arbeitsverwaltung und vieler Arbeitgeber nach wie vor das größte Hindernis für die Aufnahme einer möglichst bedarfsdeckenden Beschäftigung. Dies wird auch durch zahlreiche wissenschaftliche Erkenntnisse belegt. Gleichzeitig haben viele Gestattete und Geduldete trotz Arbeitsmarktzugang keinen Zugang zur Sprachförderung des Bundes mit der Gefahr, dass sie aufgrund unzureichender Sprachkenntnisse keine Beschäftigung finden und auf Sozialleistungen angewiesen sind.

B. Lösung

Zugang von Ausländerinnen und Ausländern zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung

Die differenzierte Aufzählung förderungsberechtigter Ausländerinnen und Ausländer für Berufsausbildungsbeihilfe wird aufgegeben. Auch die (partiellen) Verweise in Regelungen zu anderen Leistungen und Instrumenten der Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung – so auch im Bereich der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit Behinderungen – auf diese Aufzählung entfallen damit.

Leistungen und Instrumente der Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung im SGB III und SGB II sollen Ausländerinnen und Ausländern künftig grundsätzlich offenstehen. Weiterhin wird ein abstrakter Zugang zum Arbeitsmarkt vorausgesetzt. Sofern notwendig, werden Zugangsvoraussetzungen oder -beschränkungen für Ausländerinnen und Ausländer bei den einzelnen Instrumenten geregelt.

Ausbildungsbegleitende Unterstützungsleistungen sollen vollständig geöffnet werden. Für die Lebensunterhaltssicherung von Bezieherinnen und Beziehern von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) in einer Ausbildung soll dabei eine mit dem AsylbLG abgestimmte Gesamtlösung bestehende Förderlücken schließen. Im AsylbLG sind dafür entsprechende Anpassungen erforderlich. Fördermaßnahmen bei Bildungsträgern zu Vorbereitung und Eintritt in eine Berufsausbildung sollen weitgehend geöffnet werden, für Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie für Geduldete soll es aber weiterhin Beschränkungen geben. Der Zugang zu außerbetrieblicher Berufsausbildung soll auch künftig nur beschränkt bestehen.

Frühzeitige Eingliederung von Ausländerinnen und Ausländern in den Arbeitsmarkt

Die bisher befristete Sonderregelung zur frühzeitigen Unterstützung der Eingliederung von gestatteten Ausländerinnen und Ausländern, bei denen ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist, soll entfristet werden, so dass diese auch künftig bestimmte Leistungen der aktiven Arbeitsförderung bereits vor dem abstrakten Arbeitsmarktzugang erhalten können.

Arbeitslosengeld während eines Integrationskurses oder während eines Kurses der berufsbezogenen Deutschsprachförderung

Stellt die Agentur für Arbeit fest, dass die Teilnahme an einem Integrationskurs oder an einem Kurs der berufsbezogenen Deutschsprachförderung für die dauerhafte berufliche Eingliederung notwendig ist, sollen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht allein wegen fehlender Verfügbarkeit vom Anspruch auf Arbeitslosengeld ausgeschlossen werden.

Integrationskurs und berufsbezogene Deutschsprachförderung

Der Integrationskurs soll weiter als bisher für bestimmte Gruppen von Gestatteten, die nicht aus einem sicheren Herkunftsstaat nach § 29a des Asylgesetzes stammen, und die berufsbezogene Deutschsprachförderung für Geduldete mit Arbeitsmarktzugang geöffnet werden. Ziel ist, ihnen durch den frühzeitigen Erwerb deutscher Sprachkenntnisse die Aufnahme einer Beschäftigung zu erleichtern. Hierdurch soll die Abhängigkeit dieser Personengruppe von Sozialleistungen reduziert beziehungsweise vermieden werden. Damit wird auch dem Interesse der Arbeitgeber entsprochen, die mangelnde Deutschsprachkenntnisse als ein Haupthindernis für die Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern benennen. Die in einer Ausbildung oder Beschäftigung erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten können den Betroffenen außerdem nach einer Rückkehr in ihre Heimatländer dienlich sein.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Die Regelungen des Gesetzentwurfs zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung führen im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit (BA) mittelfristig zu Mehrausgaben von rund 26 Millionen Euro jährlich. Im Jahr 2020 werden die Mehrausgaben aufgrund des erstmaligen Zugangs bestimmter Personengruppen zu den Leistungen zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung einmalig auf bis zu rund 40 Millionen Euro steigen. Diese Mehrausgaben sind im Haushalt der BA zu berücksichtigen.

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der BA (Mehreinnahmen/Minderausgaben (-)/Mehrausgaben /Mindereinnahmen (+) in Mio. Euro)

	2019	2020	2021	2022	2023
Öffnung der Leistungen zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung	20	40	26	26	26

Die Entfristung der Sonderregelung zur Eingliederung von Ausländerinnen und Ausländern mit Aufenthaltsgestattung führt durch einen frühen Zugang zu Unterstützungsleistungen der Arbeitsförderung zu geringen, nicht quantifizierbaren Mehrausgaben.

Die Ausgaben für die Durchführung von Integrationskursen trägt der Bund (Kapitel 0603 Titel 684 12 im Bundeshaushaltsplan). Die Neuregelung zum Arbeitslosengeldbezug während der Teilnahme an Integrationskursen dürfte lediglich zu geringfügigen, nicht quantifizierbaren finanziellen Mehrbelastungen führen, da aufgrund der Vorerfahrung am Arbeitsmarkt weit überwiegend der Zugang in die berufsbezogene Deutschsprachförderung erfolgen dürfte. Durch die weitere Öffnung der Integrationskurse für bestimmte Gruppen von Gestatteten entstehen dem Bund mittelfristig Mehrausgaben in Höhe von voraussichtlich bis zu rund 12,2 Millionen Euro pro Jahr. Da die weitere Öffnung der Integrationskurse dazu führt, dass auch die aktuell Gestatteten mit einer Voraufenthaltszeit von mindestens neun Monaten Zugang zu den Integrationskursen erhalten, ergibt sich neben einem Dauermehrbedarf (vgl. insoweit die Darstellung zum Jahr 2023) insbesondere für die Jahre 2020 bis 2022 ein einmalig erhöhter Bedarf. Die Mehrausgaben im Jahr 2019 können in den im Bundeshaushalt 2019 eingestellten Ansätzen aufgefangen werden. Die Festlegung der Ansätze im Bundeshaushalt für die Folgejahre bleibt den künftigen Haushaltsaufstellungsverfahren vorbehalten.

Finanzielle Auswirkungen auf den Bundeshaushalt (Mehreinnahmen/Minderausgaben) (-)/Mehrausgaben /Mindereinnahmen (+) in Mio. Euro)

	2019	2020	2021	2022	2023
Öffnung der Integrationskurse	1,5	43,1	36,2	25	12,2

Die Ausgaben für die Durchführung der berufsbezogenen Deutschsprachförderung trägt der Bund (Kapitel 1101 Titel 684 04 im Bundeshaushaltsplan). Durch die Öffnung der berufsbezogenen Sprachförderung für bestimmte Gruppen von Geduldeten sowie die Möglichkeit für Arbeitslosengeldbeziehende bei festgestellter Notwendigkeit an Berufssprachkursen teilzunehmen, entstehen dem Bund mittelfristig Mehrausgaben in Höhe von bis zu rund 9 Millionen Euro pro Jahr. Die Mehrausgaben im Jahr 2019 können in den im Bundeshaushalt 2019 eingestellten Ansätzen aufgefangen werden. Die Festlegung der Ansätze im Bundeshaushalt für die Folgejahre bleibt den künftigen Haushaltsaufstellungsverfahren vorbehalten.

Finanzielle Auswirkungen auf den Bundeshaushalt (Mehreinnahmen/Minderausgaben (-)/Mehrausgaben /Mindereinnahmen (+) in Mio. Euro)

	2019	2020	2021	2022	2023
Öffnung der berufsbezogenen Deutschsprachförderung	3	9	9	9	9

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Die Neuregelung des Zugangs von Ausländerinnen und Ausländern zu Leistungen zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung führt bei ihnen durch Stellung zusätzlicher Anträge auf Leistung von Berufsausbildungsbeihilfe zu einem zusätzlichen Erfüllungsaufwand in Höhe von rund 1 000 Stunden jährlich.

Durch den Antrag auf Zulassung zu einem Integrationskurs beziehungsweise Berufssprachkurs und die Anmeldung bei einem Kursträger entsteht bei den Ausländerinnen und Ausländern ein Erfüllungsaufwand von rund 6 300 Stunden jährlich. Dem liegt die Annahme zu Grunde, dass die weitere Öffnung der Integrationskurse für bestimmte Gruppen von Gestatteten zu etwa 4 400 zusätzlichen Teilnehmenden jährlich an Integrationskursen sowie die weitere Öffnung der Berufssprachkurse für bestimmte Gruppen von Geduldeten und die Möglichkeit, bei festgestellter Notwendigkeit der Teilnahme an einem Berufssprachkurs Arbeitslosengeld weiter beziehen zu können, insgesamt zu etwa 5 000 zusätzlichen Teilnehmenden jährlich an Berufssprachkursen führt.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Den Kursträgern der Integrationskurse entsteht unter der Voraussetzung, dass sich jährlich 4 400 Personen zusätzlich zu den Integrationskursen anmelden, durch die Ausstellung der Anmeldebestätigung und durch die Nennung des voraussichtlichen Kursbeginns ein Erfüllungsaufwand in Höhe von rund 20 980 Euro. Die Kompensation des Erfüllungsaufwands für die Integrationskurse wird im Rahmen der von der Bundesregierung beschlossenen Bürokratiebremse nach dem Prinzip „One in, one out“ mit einem anderen Vorhaben aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat außerhalb dieses Vorhabens zeitnah und mit vergleichbarer Transparenz nachgeholt.

Den Kursträgern der Berufssprachkurse entstehen unter der Voraussetzung, dass sich jährlich rund 5 000 Personen zusätzlich zu Berufssprachkursen anmelden, laufende Kosten für die Anmeldung bzw. die Annahme der Teilnahmeberechtigung, für die allgemeinen Pflichten und die Meldepflichten des Kursträgers in Höhe von jährlich etwa 23 840 Euro. Die Kompensation des Erfüllungsaufwands für die Berufssprachkurse wird im Rahmen der von der Bundesregierung beschlossenen Bürokratiebremse nach dem Prinzip „One in, one out“ mit einem anderen Vorhaben aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales erreicht.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Die Neuregelung des Zugangs von Ausländerinnen und Ausländern zu Leistungen zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung führt zu mehr Förderfällen im Jahr 2019 und den Folgejahren. Gleichzeitig kann durch den neu geregelten Zugang für Ausländerinnen und Ausländer zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung der anfallende Prüfaufwand pro Förderfall gesenkt werden. In der Summe geht damit ein Mehraufwand in Höhe von rund 275 458 Euro im Jahr 2019 und von rund 227 529 Euro jährlich in den Folgejahren im Haushalt der BA einher.

Zudem entstehen einmalige Aufwände für die Umstellung von IT-Verfahren, fachlichen Weisungen und Merkblättern im Haushalt der BA in Höhe von rund 2 245 950 Euro im Jahr 2019.

Die Bearbeitung der Anträge auf Zulassung zum Integrationskurs verursacht bei Annahme von 4 400 zusätzlichen Antragstellern einen Erfüllungsaufwand beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Höhe von 20 700 Euro.

Durch die Ausstellung der Teilnahmeberechtigungen für Berufssprachkurse entsteht bei den Agenturen für Arbeit ein Erfüllungsaufwand in Höhe von rund 50 000 Euro jährlich. Dem BAMF entsteht zusätzlich ein Erfüllungsaufwand in

Höhe von rund 23 500 Euro jährlich durch die Abwicklung der Anmeldeformalitäten, Fahrkostenzuschüsse und Betreuung der zusätzlichen Teilnehmenden.

Der Mehraufwand im Jahr 2019 kann in den im Bundeshaushalt 2019 eingestellten Ansätzen aufgefangen werden. Die Festlegung der Ansätze im Bundeshaushalt für die Folgejahre bleibt den künftigen Haushaltsaufstellungsverfahren vorbehalten.

F. Weitere Kosten

Den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft entstehen keine sonstigen Kosten. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, 10. Mai 2019

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Dr. Wolfgang Schäuble
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von
Ausländerinnen und Ausländern – Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz

mit Begründung und Vorblatt (Anlage 1).

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Die Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gemäß § 6 Absatz 1 NKRG ist
als Anlage 2 beigefügt.

Der Gesetzentwurf ist dem Bundesrat am 18. April 2019 als besonders eilbedürftig zu-
geleitet worden.

Die Stellungnahme des Bundesrates zu dem Gesetzentwurf sowie die Auffassung der
Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates werden unverzüglich nachge-
reicht.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Angela Merkel

Anlage 1

Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern – Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz

Vom ...

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1**Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch**

Das Dritte Buch Sozialgesetzbuch – Arbeitsförderung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 24. März 1997, BGBl. I S. 594, 595), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2651) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Nach der Angabe zu § 39 wird folgende Angabe eingefügt:
„§ 39a Frühzeitige Förderung von Ausländerinnen und Ausländern mit Aufenthaltsgestattung“.
 - b) In der Angabe zu § 52 wird das Wort „Förderungsbedürftige“ durch das Wort „Förderungsberechtigte“ ersetzt.
 - c) Die Angaben zu den §§ 59 und 60 werden wie folgt gefasst:
„§ 59 (weggefallen)
§ 60 Förderungsberechtigter Personenkreis bei Berufsausbildung“.
 - d) Die Angabe zu § 78 wird wie folgt gefasst:
„§ 78 (weggefallen)“.
 - e) Die Angabe zu § 131 wird wie folgt gefasst:
„§ 131 (weggefallen)“.
 - f) Die Angabe zu § 132 wird wie folgt gefasst:
„§ 132 (weggefallen)“.
 - g) Folgende Angabe wird angefügt:
„§ 448 Gesetz zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern“.
2. Nach § 39 wird folgender § 39a eingefügt:

„§ 39a**Frühzeitige Förderung von Ausländerinnen und Ausländern mit Aufenthaltsgestattung**

Für Ausländerinnen und Ausländer, die eine Aufenthaltsgestattung nach dem Asylgesetz besitzen und auf Grund des § 61 des Asylgesetzes keine Erwerbstätigkeit ausüben dürfen, können Leistungen nach diesem

Unterabschnitt erbracht werden, wenn bei ihnen ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist. Stammen sie aus einem sicheren Herkunftsstaat nach § 29a des Asylgesetzes, so wird vermutet, dass ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt nicht zu erwarten ist.“

3. Dem § 40 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend für die in § 39a genannten Personen.“

4. § 41 wird wie folgt geändert:

a) Der Wortlaut wird Absatz 1.

b) Folgender Absatz 2 wird angefügt:

„(2) Absatz 1 gilt entsprechend für die in § 39a genannten Personen.“

5. Dem § 44 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend für die in § 39a genannten Personen.“

6. Dem § 45 wird folgender Absatz 9 angefügt:

„(9) Die Absätze 1 bis 8 gelten entsprechend für die in § 39a genannten Personen.“

7. In § 51 Absatz 1 wird das Wort „förderungsbedürftige“ durch das Wort „förderungsberechtigzte“ ersetzt.

8. § 52 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift wird das Wort „Förderungsbedürftige“ durch das Wort „Förderungsberechtigzte“ ersetzt.

b) In Absatz 1 wird in dem Satzteil vor Nummer 1 das Wort „Förderungsbedürftig“ durch das Wort „Förderungsberechtigzt“ ersetzt.

c) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Ausländerinnen und Ausländer sind förderungsberechtigzt, wenn die Voraussetzungen nach Absatz 1 vorliegen und sie eine Erwerbstätigkeit ausüben dürfen oder ihnen eine Erwerbstätigkeit erlaubt werden kann. Zudem müssen Ausländerinnen und Ausländer, die zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Förderberechtigung eine Aufenthaltsgestattung nach dem Asylgesetz besitzen,

1. sich seit mindestens 15 Monaten erlaubt, gestattet oder geduldet im Bundesgebiet aufhalten und
2. schulische Kenntnisse und Kenntnisse der deutschen Sprache besitzen, die einen erfolgreichen Übergang in eine Berufsausbildung erwarten lassen.

Für Ausländerinnen und Ausländer, die zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Förderberechtigung eine Duldung besitzen, gilt Satz 2 mit der Maßgabe, dass abweichend von Nummer 1 ihre Abschiebung seit mindestens neun Monaten ausgesetzt ist.“

9. In § 53 Satz 1 wird das Wort „Förderungsbedürftige“ durch das Wort „Förderungsberechtigzte“ ersetzt.

10. § 56 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Nummer 2 wird das Wort „förderungsfähigen“ durch das Wort „förderungsberechtigzten“ ersetzt und werden die Wörter „und die sonstigen persönlichen Voraussetzungen für eine Förderung erfüllt sind“ gestrichen.

b) Dem Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

„Ausländerinnen und Ausländer, die eine Aufenthaltsgestattung nach dem Asylgesetz besitzen, sind in den Fällen der Sätze 1 und 2 nicht zum Bezug von Berufsausbildungsbeihilfe berechtigt.“

11. § 59 wird aufgehoben.

12. § 60 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„§ 60

Förderungsberechtigter Personenkreis bei Berufsausbildung“.

b) In Absatz 1 wird in dem Satzteil vor Nummer 1 das Wort „wird“ durch das Wort „ist“ und werden die Wörter „nur gefördert“ durch das Wort „förderungsberechtigt“ ersetzt.

c) Folgender Absatz 3 wird angefügt:

„(3) Ausländerinnen und Ausländer, die eine Aufenthaltsgestattung nach dem Asylgesetz besitzen, sind während einer Berufsausbildung nicht zum Bezug von Berufsausbildungsbeihilfe berechtigt. Geduldete Ausländerinnen und Ausländer sind während einer Berufsausbildung zum Bezug von Berufsausbildungsbeihilfe berechtigt, wenn die Voraussetzungen nach Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 vorliegen und sie sich seit mindestens 15 Monaten ununterbrochen erlaubt, gestattet oder geduldet im Bundesgebiet aufhalten.“

13. In § 74 Absatz 1 wird in dem Satzteil vor Nummer 1 das Wort „förderungsbedürftige“ durch das Wort „förderungsberechtigte“ ersetzt.

14. § 75 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „förderungsbedürftige“ durch das Wort „förderungsberechtigte“ ersetzt.

b) In Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 wird das Wort „förderungsbedürftigen“ durch das Wort „förderungsberechtigten“ ersetzt.

c) Folgender Absatz 3 wird angefügt:

„(3) Förderungsberechtigt sind junge Menschen, die ohne die Unterstützung

1. eine Einstiegsqualifizierung oder eine Berufsausbildung nicht beginnen oder fortsetzen können oder voraussichtlich Schwierigkeiten haben werden, die Einstiegsqualifizierung oder die Berufsausbildung erfolgreich abzuschließen, oder

2. wegen in ihrer Person liegender Gründe

a) nach der vorzeitigen Lösung eines betrieblichen Berufsausbildungsverhältnisses eine weitere Berufsausbildung nicht beginnen oder

b) nach erfolgreicher Beendigung einer Berufsausbildung ein Arbeitsverhältnis nicht begründen oder festigen können.“

15. § 76 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird in dem Satzteil vor Nummer 1 das Wort „förderungsbedürftiger“ durch das Wort „förderungsberechtigter“ ersetzt.

b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Ist ein betriebliches oder außerbetriebliches Berufsausbildungsverhältnis vorzeitig gelöst worden, kann die Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung fortgesetzt werden.“

c) Die folgenden Absätze 5 und 6 werden angefügt:

„(5) Förderungsberechtigt sind junge Menschen,

1. die lernbeeinträchtigt oder sozial benachteiligt sind und wegen in ihrer Person liegender Gründe ohne die Förderung eine Berufsausbildung nicht beginnen können oder

2. deren betriebliches oder außerbetriebliches Berufsausbildungsverhältnis vorzeitig gelöst worden ist und deren Eingliederung in betriebliche Berufsausbildung auch mit ausbildungsfördernden Leistungen nach diesem Buch aussichtslos ist, sofern zu erwarten ist, dass sie die Berufsausbildung erfolgreich abschließen können.

(6) Nicht förderungsberechtigt sind

1. Ausländerinnen und Ausländer, die weder in der Bundesrepublik Deutschland Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer oder Selbständige noch auf Grund des § 2 Absatz 3 des Freizügigkeitsgesetzes/EU freizügigkeitsberechtigt sind, und ihre Familienangehörigen für die ersten drei Monate ihres Aufenthalts,
2. Ausländerinnen und Ausländer,
 - a) die kein Aufenthaltsrecht haben,
 - b) deren Aufenthaltsrecht sich allein aus dem Zweck der Arbeitsuche, der Suche nach einem Ausbildungs- oder Studienplatz, der Ausbildung oder des Studiums ergibt oder
 - c) die ihr Aufenthaltsrecht allein oder neben einem Aufenthaltsrecht nach Buchstabe b aus Artikel 10 der Verordnung (EU) Nr. 492/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2011 über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Union (ABl. L 141 vom 27.5.2011, S. 1), die durch die Verordnung (EU) 2016/589 (ABl. L 107 vom 22.4.2016, S. 1) geändert worden ist, ableiten,und ihre Familienangehörigen,
3. Leistungsberechtigte nach § 1 des Asylbewerberleistungsgesetzes.

Satz 1 Nummer 1 gilt nicht für Ausländerinnen und Ausländer, die sich mit einem Aufenthaltstitel nach Kapitel 2 Abschnitt 5 des Aufenthaltsgesetzes in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten. Abweichend von Satz 1 Nummer 2 können Ausländerinnen und Ausländer und ihre Familienangehörigen gefördert werden, wenn sie seit mindestens fünf Jahren ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet haben; dies gilt nicht, wenn der Verlust des Rechts nach § 2 Absatz 1 des Freizügigkeitsgesetzes/EU festgestellt wurde. Die Frist nach Satz 3 beginnt mit der Anmeldung bei der zuständigen Meldebehörde. Zeiten des nicht rechtmäßigen Aufenthalts, in denen eine Ausreisepflicht besteht, werden auf Zeiten des gewöhnlichen Aufenthalts nicht angerechnet.“

16. § 78 wird aufgehoben.
17. In § 107 Absatz 1 wird die Angabe „Nummer 6“ durch die Angabe „Nummer 8“ ersetzt.
18. § 130 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „förderungsbedürftige“ durch das Wort „förderungsberechtigte“ ersetzt.
 - b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird das Wort „Förderungsbedürftig“ durch das Wort „Förderungsberechtigt“ ersetzt.
 - bb) In Satz 2 werden die Angabe „sowie § 59“ und die Wörter „; § 59 Absatz 2 gilt auch für die ausbildungsvorbereitende Phase“ gestrichen.
 - c) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 2a eingefügt:

„(2a) In der ausbildungsvorbereitenden Phase sind Ausländerinnen und Ausländer förderungsberechtigt, wenn die Voraussetzungen nach Absatz 2 vorliegen und sie eine Erwerbstätigkeit ausüben dürfen oder ihnen eine Erwerbstätigkeit erlaubt werden kann. Für eine Unterstützung in dieser Phase müssen Ausländerinnen und Ausländer, die eine Aufenthaltsgestattung nach dem Asylgesetz oder eine Duldung besitzen, zudem

 1. sich seit mindestens 15 Monaten erlaubt, gestattet oder geduldet im Bundesgebiet aufhalten und

2. schulische Kenntnisse und Kenntnisse der deutschen Sprache besitzen, die einen erfolgreichen Übergang in eine Berufsausbildung erwarten lassen.“
 - d) In den Absätzen 3, 4 Satz 1 und Absatz 5 Satz 1 und 3 wird jeweils das Wort „förderungsbedürftige“ durch das Wort „förderungsberechtigte“ ersetzt.
 - e) In Absatz 6 Satz 1 und 2 wird jeweils das Wort „förderungsbedürftigen“ durch das Wort „förderungsberechtigten“ ersetzt.
 - f) In Absatz 8 Satz 1 wird das Wort „förderungsbedürftig“ durch das Wort „förderungsberechtigt“ ersetzt.
19. § 131 wird aufgehoben.
 20. § 132 wird aufgehoben.
 21. Dem § 139 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Nimmt eine leistungsberechtigte Person an einem Integrationskurs nach § 43 des Aufenthaltsgesetzes oder an einem Kurs der berufsbezogenen Deutschsprachförderung nach § 45a des Aufenthaltsgesetzes teil, der jeweils für die dauerhafte berufliche Eingliederung notwendig ist, so schließt dies die Verfügbarkeit nicht aus.“
 22. In § 148 Absatz 1 Nummer 3 werden nach dem Wort „Eingliederungsmaßnahme,“ die Wörter „Ablehnung oder Abbruch eines Integrationskurses oder einer berufsbezogenen Deutschsprachförderung,“ eingefügt.
 23. § 159 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nach Nummer 5 werden die folgenden Nummern 6 und 7 eingefügt:
 - „6. die oder der Arbeitslose sich nach einer Aufforderung der Agentur für Arbeit weigert, trotz Belehrung über die Rechtsfolgen an einem Integrationskurs nach § 43 des Aufenthaltsgesetzes oder an einem Kurs der berufsbezogenen Deutschsprachförderung nach § 45a des Aufenthaltsgesetzes teilzunehmen, der jeweils für die dauerhafte berufliche Eingliederung notwendig ist (Sperrzeit bei Ablehnung eines Integrationskurses oder einer berufsbezogenen Deutschsprachförderung),
 7. die oder der Arbeitslose die Teilnahme an einem in Nummer 6 genannten Kurs abbricht oder durch maßnahmewidriges Verhalten Anlass für den Ausschluss aus einem dieser Kurse gibt (Sperrzeit bei Abbruch eines Integrationskurses oder einer berufsbezogenen Deutschsprachförderung),“.
 - bb) Die bisherigen Nummern 6 und 7 werden die Nummern 8 und 9.
 - b) In Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter „Nummer 1 bis 7“ durch die Wörter „Nummer 1 bis 9“ ersetzt.
 - c) In Absatz 4 Satz 1 wird in dem Satzteil vor Nummer 1 das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt und werden nach den Wörtern „Abbruch einer beruflichen Eingliederungsmaßnahme“ die Wörter „, bei Ablehnung eines Integrationskurses oder einer berufsbezogenen Deutschsprachförderung oder bei Abbruch eines Integrationskurses oder einer berufsbezogenen Deutschsprachförderung“ eingefügt.
 24. Folgender § 448 wird angefügt:

„§ 448

Gesetz zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern

Für Fälle des § 132 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 in der bis zum 31. Juli 2019 geltenden Fassung sind abweichend von § 60 Absatz 3 und abweichend von § 132 Absatz 4 Nummer 2 in der bis zum 31. Juli 2019 geltenden Fassung § 132 in Verbindung mit § 59 in der jeweils bis zum 31. Juli 2019 geltenden Fassung anwendbar, wenn vor dem 31. Dezember 2019 die laufende Ausbildung begonnen und der erste Antrag auf Berufsausbildungsbeihilfe oder Ausbildungsgeld gestellt wird und die weiteren Anspruchsvoraussetzungen

zu diesem Zeitpunkt vorliegen. Für die Voraussetzung, dass bei der Ausländerin oder dem Ausländer ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist, ist auf den Zeitpunkt der ersten Antragstellung abzustellen.“

Artikel 2

Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

In § 22 Absatz 2 Nummer 1 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch – Sozialhilfe – (Artikel 1 des Gesetzes vom 27. Dezember 2003, BGBl. I S. 3022, 3023), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 10. Juli 2018 (BGBl. I S. 1117) geändert worden ist, werden nach der Angabe „§ 60“ die Wörter „Absatz 1 und 2“ eingefügt.

Artikel 3

Änderung des Aufenthaltsgesetzes

Das Aufenthaltsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Februar 2008 (BGBl. I S. 162), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Juli 2018 (BGBl. I S. 1147) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 44 Absatz 4 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Diese Regelung findet entsprechend auf deutsche Staatsangehörige Anwendung, wenn sie nicht über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen und in besonderer Weise integrationsbedürftig sind, sowie auf Ausländer, die

1. eine Aufenthaltsgestattung besitzen und

- a) bei denen ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist oder
- b) die sich seit mindestens neun Monaten gestattet im Bundesgebiet aufhalten, nicht aus einem sicheren Herkunftsstaat nach § 29a des Asylgesetzes stammen und bei der Agentur für Arbeit ausbildungssuchend, arbeitsuchend oder arbeitslos gemeldet sind oder beschäftigt sind oder in einer Berufsausbildung im Sinne von § 57 Absatz 1 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch stehen oder in Maßnahmen nach dem Zweiten Unterabschnitt des Dritten Abschnitts des Dritten Kapitels oder § 130 Absatz 1 Satz 2 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch gefördert werden,

2. eine Duldung nach § 60a Absatz 2 Satz 3 besitzen oder

3. eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 besitzen.“

2. § 45a Absatz 2 Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Die Teilnahme an der berufsbezogenen Deutschsprachförderung setzt für Ausländer mit einer Aufenthaltsgestattung nach dem Asylgesetz voraus, dass

1. bei dem Ausländer ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist oder

2. sich der Ausländer seit mindestens neun Monaten gestattet im Bundesgebiet aufhält, nicht aus einem sicheren Herkunftsstaat nach § 29a des Asylgesetzes stammt und bei der Agentur für Arbeit ausbildungssuchend, arbeitsuchend oder arbeitslos gemeldet ist oder beschäftigt ist oder in einer Berufsausbildung im Sinne von § 57 Absatz 1 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch steht oder in Maßnahmen nach dem Zweiten Unterabschnitt des Dritten Abschnitts des Dritten Kapitels oder § 130 Absatz 1 Satz 2 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch gefördert wird.“

Artikel 4

Änderung der Deutschsprachförderverordnung

Die Deutschsprachförderverordnung vom 4. Mai 2016 (BAnz AT 04.05.2016 V1), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 29. November 2018 (BGBl. I S. 2027) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 4 Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Geduldete können eine Teilnahmeberechtigung für die berufsbezogene Deutschsprachförderung nur erhalten, wenn

1. die Duldung nach § 60a Absatz 2 Satz 3 des Aufenthaltsgesetzes erteilt worden ist oder
2. die Voraussetzungen nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a oder c oder Nummer 3 vorliegen und sie sich seit mindestens sechs Monaten geduldet im Bundesgebiet aufhalten.“

2. In § 6 Absatz 2 wird nach Satz 2 folgender Satz eingefügt:

„In der Teilnahmeberechtigung wird darauf hingewiesen, dass die Erteilung der Teilnahmeberechtigung und die Teilnahme an einem Berufssprachkurs bei Personen nach § 4 Absatz 1 Satz 2 das Ermessen der Ausländerbehörde bei der Erteilung einer Erlaubnis zur Beschäftigung und die Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht unberührt lassen.“

3. In § 10 Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt und werden nach der Angabe „§ 56“ die Wörter „oder § 136 Absatz 1 Nummer 1“ eingefügt.

4. § 13 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die Spezialberufssprachkurse nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 und 4 richten sich nur an

1. Teilnahmeberechtigte, die trotz der ordnungsgemäßen Teilnahme an einem Integrationskurs nach § 43 des Aufenthaltsgesetzes das Sprachniveau B 1 nicht erreicht haben und
2. Geduldete nach § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2, die keinen Zugang zum Integrationskurs nach § 43 des Aufenthaltsgesetzes haben.“

Artikel 5

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. August 2019 in Kraft.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

Mit dem Gesetz wird der Zugang von Ausländerinnen und Ausländern zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung neu geregelt. Zudem wird die Sprachförderung des Bundes für weitere Personengruppen geöffnet, um ihnen die Aufnahme einer möglichst bedarfsdeckenden Beschäftigung zu erleichtern. Damit werden zentrale Ziele des Koalitionsvertrages umgesetzt:

Die Regelungen des Integrationsgesetzes sollen entfristet werden. Die Zugangsvoraussetzungen zu den ausbildungs- und berufsvorbereitenden Leistungen sollen vereinheitlicht und für die Gruppe der Geduldeten mit dem rechtlichen Arbeitsmarktzugang harmonisiert werden. Gleichzeitig sollen insbesondere diejenigen, bei denen die Ausreise kurzfristig nicht zu erwarten ist, Angebote für den Spracherwerb bekommen, ohne dass es zu einer Verfestigung von Aufenthaltsrechten und einer Gleichstellung mit denjenigen kommt, die eine rechtliche Bleibeperspektive haben.

Zugang von Ausländerinnen und Ausländern zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung

Viele arbeitsmarktpolitische Leistungen und Maßnahmen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) stehen Ausländerinnen und Ausländern mit Arbeits- beziehungsweise Ausbildungsmarktzugang unmittelbar offen. Für den Zugang zur Förderung von Berufsausbildung einschließlich Leistungen zum Lebensunterhalt und Ausbildungsvorbereitung im SGB III gilt dies nicht im selben Maße. Hier bestehen für Ausländerinnen und Ausländer differenzierte und zum Teil sehr enge Zugangsregelungen, die durch ihre starke Ausdifferenzierung und mehrfachen Verweisketten zudem sehr unübersichtlich sind. Vergleichbare Zugangsbeschränkungen finden sich im SGB III sonst nicht.

Der Zugang zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung wird durch Aufzählung der förderungsberechtigten Ausländerinnen und Ausländer bei der den Lebensunterhalt sichernden Berufsausbildungsbeihilfe bestimmt. Dabei wird nach Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus und zum Teil Voraufenthaltszeiten in Deutschland differenziert. Teilweise wird unmittelbar auf entsprechende Regelungen im Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) verwiesen. Diese Aufzählung wirkt als Zugangsbeschränkung.

Die meisten Instrumente zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung verweisen mehr oder weniger weit auf diese Aufzählung. Das Ausbildungsgeld für Menschen mit Behinderungen und Teile der Leistungen zur beruflichen Rehabilitation beinhalten grundsätzlich ebenfalls Verweise auf die Aufzählung.

Die Regelungen für den Zugang von Ausländerinnen und Ausländern wirken auch in das Zweite Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) hinein, da nahezu alle Instrumente zur Förderung der Berufsausbildung und Berufsvorbereitung des SGB III einschließlich ihrer Zugangsvoraussetzungen über eine Verweisung in das SGB II übernommen werden.

Im Ergebnis führen diese Zugangsregelungen dazu, dass viele Ausländerinnen und Ausländer wie zum Beispiel Unionsbürgerinnen oder Unionsbürger und Menschen mit Fluchthintergrund Zugang zu verschiedenen Leistungen zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung erst nach langen Voraufenthaltszeiten oder gar nicht bekommen. Dies führt immer wieder zu Fällen, in denen am Übergang von der Schule in den Beruf eine zielführende Unterstützung durch die Arbeitsförderung oder die Grundsicherung für Arbeitsuchende nicht erbracht werden kann. Gerade bei jungen Menschen mit Fluchthintergrund kommt es verstärkt vor, dass eine in der Situation sinnvolle Förderungsmöglichkeit nicht besteht.

Ziel ist die Vollziehung eines Systemwechsels: Der Zugang von Ausländerinnen und Ausländern zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung soll grundlegend neugeregelt werden.

Frühzeitige Eingliederung von Ausländerinnen und Ausländern in den Arbeitsmarkt

Neben der Neukonzeption des Zugangs zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung sollen Gestattete, bei denen ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist, unbefristet weiterhin bestimmte, für die Eingliederung in den Arbeitsmarkt erforderliche vermittlungsunterstützende Leistungen der aktiven Arbeitsförderung bereits vor dem abstrakten Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten können.

Integrationskurs und berufsbezogene Deutschsprachförderung

Die weitere Öffnung der Integrationskurse für bestimmte Gruppen von Gestatteten, die nicht aus einem sicheren Herkunftsstaat nach § 29a des Asylgesetzes (AsylG) stammen, und der berufsbezogenen Deutschsprachförderung für Geduldete mit Arbeitsmarktzugang soll diesen Personengruppen durch den frühzeitigen Erwerb deutscher Sprachkenntnisse die Aufnahme einer möglichst bedarfsdeckenden Beschäftigung erleichtern. Hierdurch soll die Abhängigkeit dieser Personengruppe von Sozialleistungen reduziert beziehungsweise vermieden werden. Die in einer Ausbildung oder Beschäftigung erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten können den Betroffenen außerdem nach einer Rückkehr in ihre Heimatländer dienlich sein.

II. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs

Zugang von Ausländerinnen und Ausländern zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung

Der Zugang von Ausländerinnen und Ausländern zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung soll transparent im SGB III und von aufenthaltsrechtlichen Vorgaben weitgehend getrennt geregelt werden. Die differenzierte Aufzählung förderungsberechtigter Ausländerinnen und Ausländer für Berufsausbildungsbeihilfe wird aufgegeben. Auch die (partiellen) Verweise anderer Leistungen und Instrumente zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung auf diese Aufzählung entfallen damit.

Leistungen und Instrumente zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung sollen Ausländerinnen und Ausländern im SGB III und SGB II künftig grundsätzlich offenstehen. Sofern notwendig, werden Zugangsvoraussetzungen oder -beschränkungen für Ausländerinnen und Ausländer bei den einzelnen Instrumenten geregelt. Voraussetzung bleibt, dass die Ausländerin oder der Ausländer in der Regel ihren oder seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat. Weiterhin wird ein abstrakter Zugang zum Arbeitsmarkt vorausgesetzt. Insbesondere Asylbewerberinnen und Asylbewerber und Geduldete aus sicheren Herkunftsstaaten, die ihren Asylantrag nach dem 31. August 2015 gestellt haben, haben keinen Zugang zum Ausbildungsmarkt. Für Asylbewerberinnen und Asylbewerber soll in der Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung die Voraussetzung, dass ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist, entfallen.

Ausbildungsbegleitende Unterstützungsleistungen sollen vollständig geöffnet werden: Wer eine betriebliche Berufsausbildung macht, soll auch Zugang zu entsprechenden Unterstützungsleistungen haben. Für die Lebensunterhaltssicherung von Bezieherinnen und Beziehern von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) in einer Ausbildung soll dabei eine mit dem AsylbLG abgestimmte Gesamtlösung bestehende Förderlücken schließen. Fördermaßnahmen bei Bildungsträgern zur Vorbereitung und Integration in eine Berufsausbildung sollen weitgehend geöffnet werden, für Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie für Geduldete soll es aber weiterhin Beschränkungen geben. Der Zugang zu außerbetrieblicher Berufsausbildung soll auch künftig nur beschränkt bestehen.

Frühzeitige Eingliederung von Ausländerinnen und Ausländern in den Arbeitsmarkt

Die bisher befristete Sonderregelung zur frühzeitigen Unterstützung der Eingliederung von gestatteten Ausländerinnen und Ausländern, bei denen ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist, soll entfristet werden, so dass diese auch künftig bestimmte Leistungen der aktiven Arbeitsförderung bereits vor dem abstrakten Arbeitsmarktzugang erhalten können.

Weiterzahlung von Arbeitslosengeld während eines Integrationskurses oder während eines Kurses der berufsbezogenen Deutschsprachförderung

Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Integrationskursen nach § 43 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) und an Kursen der berufsbezogenen Deutschsprachförderung nach § 45a AufenthG sollen nicht allein wegen fehlender Verfügbarkeit vom Anspruch auf Arbeitslosengeld ausgeschlossen werden. Voraussetzung ist die Feststellung der

Agentur für Arbeit, dass die Teilnahme für die dauerhafte berufliche Eingliederung notwendig ist. Im Gegenzug zum Einstand der Gemeinschaft der Beitragszahlenden wird von den Betroffenen erwartet, dass sie durch ordnungsgemäße Teilnahme dazu beitragen, eine dauerhafte berufliche Eingliederung zu erreichen. Eine Ablehnung ohne wichtigen Grund führt zum Eintritt einer Sperrzeit.

Integrationskurs und berufsbezogene Deutschsprachförderung

Der Integrationskurs wird weiter als bisher für bestimmte Gruppen von Gestatteten, soweit sie nicht aus einem sicheren Herkunftsstaat nach § 29a AsylG stammen, und die berufsbezogene Deutschsprachförderung für Geduldete mit Arbeitsmarktzugang geöffnet.

III. Alternativen

Keine.

IV. Gesetzgebungskompetenz

Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes für die Änderungen im SGB III ergibt sich aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 12 des Grundgesetzes (GG) (Sozialversicherung einschließlich der Arbeitslosenversicherung).

Soweit die Änderungen im SGB III auch im SGB II greifen, folgt die Gesetzgebungskompetenz des Bundes aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 7 GG (öffentliche Fürsorge) in Verbindung mit Artikel 72 Absatz 2 GG. Der Bund hat die Gesetzgebungskompetenz im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende, da hier die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet und die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse mit einer bundesgesetzlichen Regelung erforderlich ist (Artikel 72 Absatz 2 GG). Nur durch die Gesetzgebung des Bundes lassen sich einheitliche Lebensverhältnisse gewährleisten.

Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes für das Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) ergibt sich aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 7 GG (öffentliche Fürsorge). Der Bund hat auf diesem Gebiet die Gesetzgebungskompetenz, wenn und soweit die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts- und Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse eine bundeseinheitliche Regelung erforderlich macht (Artikel 72 Absatz 2 GG). Die Rechtseinheit in der Sozialhilfe erfordert es, dass die Prüfung des Leistungsanspruchs von Auszubildenden bundesweit nach einheitlichen Regeln erfolgt.

Für Änderungen des Aufenthaltsgesetzes hat der Bund die Gesetzgebungskompetenz aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 4 GG (Aufenthalts- und Niederlassungsrecht der Ausländer) in Verbindung mit Artikel 72 Absatz 2 GG. Eine bundesgesetzliche Regelung nach Artikel 74 Absatz 1 Nummer 4 GG ist zur Wahrung der Rechts- und Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse erforderlich (Artikel 72 Absatz 2 GG). Bundeseinheitliche Strukturen schaffen die Grundlage für ein bundesweites Angebot der Integrationskurse und der berufsbezogenen Deutschsprachförderung, das den Teilnehmerinnen und Teilnehmern unabhängig von ihrem Wohnort offensteht.

V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen

Der Gesetzentwurf ist mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen vereinbar.

VI. Gesetzesfolgen

1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung

Die Neuregelung des Zugangs zu Leistungen zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung führt zu wesentlichen Rechtsvereinfachungen in diesem Bereich, die auch die Umsetzung durch die Verwaltung deutlich erleichtern.

2. Nachhaltigkeitsaspekte

Mit dem Gesetzentwurf wird die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung insbesondere bei Ziel 8 „Menschenwürde, Arbeits- und Wirtschaftswachstum“ unterstützt.

3. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Die Neufassung des berechtigten Personenkreises in der Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung führt zu mehr Förderfällen bei der Berufsausbildungsbeihilfe, den berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen, der Assistierten Ausbildung, den ausbildungsbegleitenden Hilfen und den Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, insbesondere dem Ausbildungsgeld. Die Regelungen des Gesetzentwurfs im Bereich der Berufsausbildungsförderung führen mittelfristig im Haushalt der BA zu Mehrausgaben von rund 26 Millionen Euro jährlich. In den Jahren 2019 und 2020 kommt es zusätzlich zu Einmaleffekten durch die erstmalige Verfügbarkeit der Leistungen für bestimmte Personengruppen. Im Jahr 2019 ergeben sich wegen des unterjährigen Inkrafttretens des Gesetzes Mehrausgaben in Höhe von rund 20 Millionen Euro, im Jahr 2020 ergeben sich Mehrausgaben in Höhe von rund 40 Millionen Euro. Die Mehrausgaben sind im Jahr 2019 aus dem bestehenden Haushalt der BA zu tragen und ab dem Jahr 2020 dort zu berücksichtigen.

Für den Haushalt der BA führt die Entfristung der Sonderregelung zur Eingliederung von Ausländerinnen und Ausländern mit Aufenthaltsgestattung zu geringen, nicht quantifizierbaren Mehrausgaben durch einen frühen Zugang zu Unterstützungsleistungen der Arbeitsförderung.

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der BA (Mehreinnahmen/Minderausgaben (-)/Mehrausgaben/Mindereinnahmen (+) in Mio. Euro)

	2019	2020	2021	2022	2023
Öffnung der Leistungen zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung	20	40	26	26	26

Die Ausgaben für die Durchführung der Integrationskurse trägt der Bund (Kapitel 0603 Titel 684 12 im Bundeshaushaltsplan). Die Neuregelung zum Arbeitslosengeldbezug während der Teilnahme an Integrationskursen dürfte lediglich zu geringfügigen, nicht quantifizierbaren finanziellen Mehrbelastungen führen, da aufgrund der Vorerfahrung am Arbeitsmarkt weit überwiegend der Zugang in die berufsbezogene Deutschsprachförderung erfolgen dürfte. Durch die weitere Öffnung der Integrationskurse für bestimmte Gruppen von Gestatteten werden rund 4 400 zusätzliche Eintritte pro Jahr erwartet. Dadurch entstehen dem Bund mittelfristig Mehrausgaben in Höhe von bis zu rund 12,2 Millionen Euro pro Jahr. Da die weitere Öffnung der Integrationskurse dazu führt, dass auch die aktuell Gestatteten mit einer Voraufenthaltszeit von mindestens neun Monaten Zugang zu den Integrationskursen erhalten, ist mit einem zusätzlichen Eintritt von 27 000 Personen zu rechnen. Daraus ergibt sich neben einem Dauermehrbedarf (vgl. insoweit die Darstellung zum Jahr 2023) insbesondere für die Jahre 2020 bis 2022 ein einmalig erhöhter Bedarf. Aufgrund des unterjährigen Inkrafttretens zum 1. August 2019 ergeben sich im Jahr 2019 Mehrausgaben in Höhe von bis zu rund 1,5 Millionen Euro.

Die Mehrausgaben im Jahr 2019 können in den im Bundeshaushalt 2019 eingestellten Ansätzen aufgefangen werden. Die Festlegung der Ansätze im Bundeshaushalt für die Folgejahre bleibt den künftigen Haushaltsaufstellungsverfahren vorbehalten.

Finanzielle Auswirkungen auf den Bundeshaushalt (Mehreinnahmen/Minderausgaben (-)/Mehrausgaben /Mindereinnahmen (+) in Mio. Euro)

	2019	2020	2021	2022	2023
Öffnung der Integrationskurse	1,5	43,1	36,2	25	12,2

Die Ausgaben für die Durchführung der berufsbezogenen Deutschsprachförderung trägt der Bund (Kapitel 1101 Titel 684 04 im Bundeshaushaltsplan). Durch die Öffnung der berufsbezogenen Deutschsprachförderung für bestimmte Gruppen von Geduldeten werden rund 2 000 zusätzliche Eintritte pro Jahr erwartet. Rund 3 000 zusätzliche Zugänge werden durch die Möglichkeit für Arbeitslosengeldbeziehende bei festgestellter Notwendigkeit an Berufssprachkursen teilzunehmen, erwartet. Dadurch entstehen dem Bund mittelfristig Mehrausgaben in Höhe

von bis zu rund 9 Millionen Euro pro Jahr. Aufgrund des unterjährigen Inkrafttretens zum 1. August 2019 ergeben sich im Jahr 2019 Mehrausgaben in Höhe von bis zu rund 3 Millionen Euro.

Die Mehrausgaben im Jahr 2019 können in den im Bundeshaushalt 2019 eingestellten Ansätzen aufgefangen werden. Die Festlegung der Ansätze im Bundeshaushalt für die Folgejahre bleibt den künftigen Haushaltsaufstellungsverfahren vorbehalten.

Finanzielle Auswirkungen auf den Bundeshaushalt (Mehreinnahmen/Minderausgaben (-)/Mehrausgaben /Mindereinnahmen (+) in Mio. Euro)

	2019	2020	2021	2022	2023
Öffnung der berufsbezogenen Deutschsprachförderung	3	9	9	9	9

4. Erfüllungsaufwand

Die Neuregelung des Zugangs von Ausländerinnen und Ausländern zu Leistungen zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung führt bei ihnen durch Stellung zusätzlicher Anträge auf Leistung von Berufsausbildungsbeihilfe zu einem zusätzlichen Erfüllungsaufwand in Höhe von rund 1 000 Stunden jährlich.

Durch den Antrag auf Zulassung zu einem Integrationskurs beziehungsweise Berufssprachkurs und die Anmeldung bei einem Kursträger entsteht bei den Ausländerinnen und Ausländern ein Erfüllungsaufwand von rund 6 300 Stunden jährlich. Dem liegt die Annahme zu Grunde, dass die weitere Öffnung der Integrationskurse für bestimmte Gruppen von Gestatteten zu etwa 4 400 zusätzlichen Teilnehmenden jährlich an Integrationskursen sowie die weitere Öffnung der Berufssprachkurse für bestimmte Gruppen von Geduldeten und die Möglichkeit, bei festgestellter Notwendigkeit der Teilnahme an einem Berufssprachkurs Arbeitslosengeld weiter beziehen zu können, insgesamt zu etwa 5 000 zusätzlichen Teilnehmenden jährlich an Berufssprachkursen führt.

Den Kursträgern der Integrationskurse entsteht unter der Voraussetzung, dass sich jährlich 4 400 Personen zusätzlich zu den Integrationskursen anmelden, durch die Ausstellung der Anmeldebestätigung und durch die Nennung des voraussichtlichen Kursbeginns ein Erfüllungsaufwand in Höhe von rund 20 980 Euro. Die Kompensation des Erfüllungsaufwands für die Integrationskurse wird im Rahmen der von der Bundesregierung beschlossenen Bürokratiebremse nach dem Prinzip „One in, one out“ mit einem anderen Vorhaben aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat außerhalb dieses Vorhabens zeitnah und mit vergleichbarer Transparenz nachgeholt.

Den Kursträgern der Berufssprachkurse entstehen unter der Voraussetzung, dass sich jährlich rund 5 000 Personen zusätzlich zu Berufssprachkursen anmelden, laufende Kosten für die Anmeldung bzw. die Annahme der Teilnahmeberechtigung, für die allgemeinen Pflichten und die Meldepflichten des Kursträgers in Höhe von jährlich etwa 23 840 Euro. Die Kompensation des Erfüllungsaufwands für die Berufssprachkurse wird im Rahmen der von der Bundesregierung beschlossenen Bürokratiebremse nach dem Prinzip „One in, one out“ mit einem anderen Vorhaben aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales erreicht.

Die Neuregelung des Zugangs von Ausländerinnen und Ausländern zu Leistungen zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung führt zu mehr Förderfällen im Jahr 2019 und den Folgejahren. Gleichzeitig kann durch den neu geregelten Zugang für Ausländerinnen und Ausländer zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung der anfallende Prüfaufwand pro Förderfall gesenkt werden. In der Summe geht damit ein Mehraufwand in Höhe von rund 275 458 Euro im Jahr 2019 und von rund 227 529 Euro jährlich in den Folgejahren im Haushalt der BA einher.

Zudem entstehen einmalige Aufwände für die Umstellung von IT-Verfahren, fachliche Weisungen und Merkblättern im Haushalt der BA in Höhe von rund 2 245 950 Euro im Jahr 2019.

Die Bearbeitung der Anträge auf Zulassung zum Integrationskurs verursacht einen Erfüllungsaufwand beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Höhe von 20 700 Euro.

Durch die Ausstellung der Teilnahmeberechtigungen für Berufssprachkurse entsteht bei den Agenturen für Arbeit ein Erfüllungsaufwand in Höhe von rund 50 000 Euro jährlich. Dem BAMF entsteht zusätzlich ein Erfüllungsaufwand in Höhe von rund 23 500 Euro jährlich durch die Abwicklung der Anmeldeformalitäten, Fahrkostenzuschüsse und Betreuung der zusätzlichen Teilnehmenden.

Dem liegt die Annahme zu Grunde, dass die weitere Öffnung der Integrationskurse für bestimmte Gruppen von Gestatteten zu etwa 4 400 zusätzlichen Teilnehmenden jährlich an Integrationskursen sowie die weitere Öffnung der Berufssprachkurse für bestimmte Gruppen von Geduldeten und die Möglichkeit, bei festgestellter Notwendigkeit der Teilnahme an einem Berufssprachkurs Arbeitslosengeld weiter beziehen zu können, insgesamt zu etwa 5 000 zusätzlichen Teilnehmenden jährlich an Berufssprachkursen führt.

Der Mehraufwand im Jahr 2019 kann in den im Bundeshaushalt 2019 eingestellten Ansätzen aufgefangen werden. Die Festlegung der Ansätze im Bundeshaushalt für die Folgejahre bleibt den künftigen Haushaltsaufstellungsverfahren vorbehalten.

5. Weitere Kosten

Den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft entstehen keine sonstigen Kosten. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

6. Weitere Gesetzesfolgen

Keine.

VII. Befristung; Evaluierung

Für den Zugang von Ausländerinnen und Ausländern zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung ist eine dauerhafte Neuregelung angezeigt. Die mit den neuen Regelungen zu lösenden Herausforderungen stellen sich dauerhaft. Zum Teil wird zudem, wie auch bei den Regelungen zur frühzeitigen Eingliederung von Ausländerinnen und Ausländern in den Arbeitsmarkt, eine Entfristung bestehender befristeter Regelungen politisch angestrebt.

Die Untersuchung der Wirkungen der Arbeitsförderung ist als Schwerpunkt der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung gesetzlich normiert und nach § 280 in Verbindung mit § 282 SGB III Aufgabe der BA. Eines gesonderten Evaluationsauftrages bedarf es daher in diesem Gesetz nicht.

Integrationskurse und berufsbezogene Deutschsprachförderung

Eine Befristung ist nicht vorgesehen. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat wird den Integrationskurs begleitend evaluieren. Eine gesonderte Evaluation der Änderungen in § 44 AufenthG ist daher nicht erforderlich. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird die berufsbezogene Deutschsprachförderung begleitend evaluieren. Eine gesonderte Evaluation der Änderungen bei der berufsbezogenen Deutschsprachförderung ist daher nicht erforderlich.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch)

Zu Nummer 1

Zu Buchstabe a

Redaktionelle Folgeänderung zur Einfügung von § 39a.

Zu Buchstabe b

Redaktionelle Folgeänderung zur Änderung der Überschrift von § 52.

Zu Buchstabe c

Redaktionelle Folgeänderung zur Aufhebung von § 59 und zur Neufassung der Überschrift zu § 60.

Zu Buchstabe d

Redaktionelle Folgeänderung zur Aufhebung von § 78.

Zu Buchstabe e

Redaktionelle Folgeänderung zur Aufhebung von § 131.

Zu Buchstabe f

Redaktionelle Folgeänderung zur Aufhebung von § 132.

Zu Buchstabe g

Redaktionelle Folgeänderung zur Anfügung von § 448.

Zu Nummer 2 bis Nummer 6

Eine frühzeitige Eingliederung in den Arbeitsmarkt dient dazu, die Gefahr von späterer Langzeitarbeitslosigkeit zu verringern. Deshalb ist das Potenzial von Gestatteten, bei denen ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist, möglichst frühzeitig zu heben. Die der BA zur Verfügung stehenden vermittlungsunterstützenden Leistungen der aktiven Arbeitsförderung setzen – bis auf die Beratungsleistungen nach dem Ersten Unterabschnitt des Ersten Abschnitts des Dritten Kapitels – grundsätzlich voraus, dass eine Erwerbstätigkeit ausgeübt werden darf.

Mit den Änderungen wird die bisher in § 131 enthaltene Sonderregelung entfristet und in die allgemeinen Regelungen integriert. § 39a umschreibt den bisher bereits in § 131 enthaltenen Grundsatz, dass die Leistungen des Zweiten Unterabschnitts des Ersten Abschnitts des Dritten Kapitels auch für Gestattete, bei denen ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist, erbracht werden können.

Die Änderungen des § 40 und des § 41 greifen die sachliche Reichweite der bisherigen Regelung in § 131 auf, wonach auch die Regelungen des Dritten Unterabschnitts des Ersten Abschnitts des Dritten Kapitels für diesen Personenkreis gelten. Die Änderungen des § 44 und des § 45 integrieren die bisher in § 131 enthaltene zeitlich befristete Möglichkeit, Leistungen aus dem Vermittlungsbudget und Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung an diesen Personenkreis erbringen zu können, in die allgemeinen Regelungen.

Mit den Änderungen wird nun unbefristet die Möglichkeit geschaffen, die für eine frühzeitige Eingliederung in den Arbeitsmarkt erforderlichen vermittlungsunterstützenden Leistungen zu erbringen. Damit kann die Wartezeit bis zur grundsätzlichen Möglichkeit, eine Erwerbstätigkeit ausüben zu dürfen, bereits genutzt werden, um beispielsweise Kompetenzfeststellungen und Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung beim Arbeitgeber durchzuführen, wenn die sonstigen Tatbestandsvoraussetzungen der jeweiligen Leistungen im Übrigen gegeben sind. Dies kann einen Beitrag dazu leisten, Gestatteten, bei denen ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist, schneller in den Arbeitsmarkt einzugliedern, sobald ihnen die Ausübung einer Erwerbstätigkeit erlaubt ist.

Zu Nummer 7

Folgeänderung zur terminologischen Anpassung in § 52 Absatz 1.

Zu Nummer 8**Zu Buchstabe a**

Folgeänderung zur terminologischen Anpassung in Absatz 1.

Zu Buchstabe b

Es handelt sich um eine terminologische Anpassung. Der Personenkreis, der in einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme unterstützt werden kann, wird künftig als förderungsberechtigt bezeichnet. Dies knüpft an ähnliche Terminologien in der Sozialgesetzgebung wie der Leistungsberechtigung an. Damit wird zugleich betont, dass der grundsätzliche Zugang zu der Unterstützungsmaßnahme bei Vorliegen der Voraussetzung eine rechtliche Position ist, die nicht von einer Bedürftigkeit ausgeht. Inhaltliche Änderungen sind damit nicht verbunden, die übrigen Voraussetzungen für die Unterstützung in einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme müssen – wie bisher auch – ebenfalls vorliegen.

Zu Buchstabe c

Bisher verweist § 52 Absatz 2 auf die Absätze 1 und 3 der künftig entfallenden Grundnorm § 59, die dadurch entsprechende Anwendung für den Zugang zu berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen finden. In § 59 ist bisher der Zugang zur Berufsausbildungsbeihilfe differenziert nach Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus und (unter Umständen) Voraufenthaltszeiten in Deutschland durch positive Aufzählung der zugangsberechtigten Personen geregelt.

Künftig stehen berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen jungen Menschen im Einklang mit anderen innerstaatlichen Regelungen in der Regel bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres grundsätzlich unabhängig von Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus und Voraufenthaltszeit offen. Ausnahmen von diesem Grundsatz sind im neuen Absatz 2 geregelt, der statt des Verweises ausdrücklich geregelte Zugangsbeschränkungen für Ausländerinnen und Ausländer zu berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen enthält. Die Voraussetzungen in Absatz 2 müssen zusätzlich zu den in Absatz 1 genannten Voraussetzungen erfüllt sein.

Satz 1 stellt ausdrücklich klar, dass für Ausländerinnen und Ausländer auch für den Zugang zu einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme als Leistung der Arbeitsförderung ein allgemeiner Arbeitsmarktzugang Voraussetzung ist. Das ist zum Beispiel dann nicht der Fall, wenn ein Beschäftigungsverbot vorliegt. Der Zugang zu einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme, die den Übergang in eine Berufsausbildung erleichtern soll, wird nur eröffnet, wenn die Ausländerin oder der Ausländer eine selbständige oder unselbständige Erwerbstätigkeit ausüben darf oder ihr oder ihm die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit erlaubt werden kann.

Die Sätze 2 und 3 enthalten aufgrund des nicht gesicherten Aufenthaltsstatus darüberhinausgehende Beschränkungen für Gestattete und Geduldete. Dadurch soll einer Fehlallokation vorgebeugt werden. Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen sind langlaufende Maßnahmen bei Bildungsträgern, über die Teilnahme an ihnen entscheiden die Agenturen für Arbeit im Rahmen ihres Ermessens. Aufgrund ihres ausbildungsintegrativen Charakters ist es sachgerecht, ein derartiges Angebot für Gestattete und Geduldete erst nach bestimmten Vorfristen zu öffnen. Ändert sich während des Laufs der berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme der Aufenthaltsstatus, etwa von einer Gestattung in eine Duldung, so steht dies der weiteren Teilnahme an der Maßnahme nicht entgegen.

Satz 2 regelt zusätzliche Voraussetzungen für Gestattete. Nach Nummer 1 muss sich die oder der Gestattete bereits seit mindestens 15 Monaten erlaubt, gestattet oder geduldet in Deutschland aufhalten. Da in vielen Fällen bei Geflüchteten zudem zunächst der Erwerb von grundlegenden schulischen Kenntnissen und vor allem Kenntnissen der deutschen Sprache im Mittelpunkt stehen wird und diese Kenntnisse Voraussetzung für den Erfolg der Maßnahme sind, normiert Nummer 2, dass solche Kenntnisse auf einem Niveau vorliegen müssen, das einen erfolgreichen Übergang in eine Berufsausbildung nach Absolvieren der Maßnahme erwarten lässt. Entscheidend sind die bisher erlangten Kenntnisse und Fähigkeiten, ein formaler Schulabschluss ist hingegen keine Voraussetzung.

Nach Satz 3 gilt Satz 2 auch für Geduldete mit der abweichenden Maßgabe, dass statt der in Satz 2 Nummer 1 geregelten Voraufenthaltszeit in Deutschland zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Förderberechtigung eine Vorduldungszeit von neun Monaten bestehen muss.

Zu Nummer 9

Folgeänderung zur terminologischen Anpassung in § 52 Absatz 1.

Zu Nummer 10**Zu Buchstabe a**

Zum einen wird aus Gründen der Rechtseinheitlichkeit die terminologische Anpassung zu „förderungsberechtig“ in § 52 Absatz 1 auch für die Berufsausbildungsbeihilfe während einer Berufsausbildung übernommen.

Zum anderen handelt es sich um eine Folgeänderung zur Aufhebung von § 59 und zur Zusammenfassung der personenbezogenen Voraussetzungen für die Berufsausbildungsbeihilfe während einer Berufsausbildung in § 60.

Zu Buchstabe b

Der Bezug von Berufsausbildungsbeihilfe während einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme oder der ausbildungsvorbereitenden Phase der Assistierten Ausbildung ist an die Teilnahme an der Maßnahme geknüpft (§ 56 Absatz 2). Das gilt auch für Ausländerinnen und Ausländer, für die sich der Zugang zu der Maßnahme aus dem

neuen § 52 Absatz 2 beziehungsweise § 130 Absatz 2a ergibt. Einer entsprechenden Vorschrift für den Zugang zur Berufsausbildungsbeihilfe bedarf es daher in diesen Fällen nicht.

Für Gestattete, die in den Anwendungsbereich des Asylbewerberleistungsrechts fallen, gilt dies allerdings auch künftig nicht. Dies wird durch die Ausnahme im neu angefügten Satz 3 geregelt. Der Lebensunterhalt von Gestatteten ist bereits nach geltendem Recht während einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme in den ersten 15 Monaten ihres Aufenthalts in Deutschland über Leistungen des AsylbLG abgesichert und soll dies zukünftig auch in den Folgemonaten sein. Während der Teilnahme an einer ausbildungsvorbereitenden Phase nach § 130 ist dies bereits jetzt unabhängig von der Voraufenthaltszeit der Fall.

Zu Nummer 11

Bisher ist in der Grundnorm § 59 der Zugang zur Berufsausbildungsbeihilfe differenziert nach Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus und (unter Umständen) Voraufenthaltszeit in Deutschland durch positive Aufzählung der zugangsberechtigten Personen geregelt. Diese Regelung entfällt.

Damit wird ein Systemwechsel vollzogen. Wie bei vielen anderen arbeitsmarktpolitischen Leistungen entfallen auch bei der Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung künftig Beschränkungen aufgrund Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus weitgehend, stattdessen erlangt der abstrakte Arbeitsmarktzugang als allgemeine Zugangsvoraussetzung höhere Bedeutung.

Damit steht die Berufsausbildungsbeihilfe in Zukunft vielen Ausländerinnen und Ausländern offen, für die der Zugang bisher an zum Teil enge Voraussetzungen oder lange Voraufenthaltszeiten geknüpft ist. Zu ihnen zählen insbesondere Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, Staatsangehörige aus Drittstaaten, die zum Zwecke der Berufsausbildung nach Deutschland kommen, und hierher Geflüchtete. Lediglich für Gestattete sieht der neue § 60 Absatz 3 einen Ausschluss und für Geduldete einen dem bisherigen § 59 Absatz 2 entsprechenden, eingeschränkten Zugang vor.

Mit der Grundnorm entfallen auch die zum Teil partiellen Verweise in den Regelungen verschiedener Leistungen zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung auf die den Zugang regelnde Grundnorm § 59. Damit wird der Systemwechsel auch für diese Leistungen zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung vollzogen. Dies gilt gemäß § 114 SGB III auch für die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit Behinderungen, insbesondere für das Ausbildungsgeld.

Soweit künftig bei einzelnen Leistungen oder Maßnahmen weiterhin mit der Staatsangehörigkeit oder dem Aufenthaltsstatus einhergehende Zugangsbeschränkungen erforderlich sind, werden diese jeweils unmittelbar bei der Leistung selbst geregelt.

Zu Nummer 12

In § 60 sind künftig die personenbezogenen Voraussetzungen für Berufsausbildungsbeihilfe während einer Berufsausbildung in der Nennung der förderungsberechtigten Personen zusammengefasst. Daneben müssen – bisher auch – die übrigen Voraussetzungen für die Leistung von Berufsausbildungsbeihilfe vorliegen.

Zu Buchstabe a

Folgeänderung zur terminologischen Anpassung in § 56 Absatz 1 Nummer 2, zur Aufhebung von § 59 und zur Zusammenfassung der personenbezogenen Voraussetzungen für die Berufsausbildungsbeihilfe während einer Berufsausbildung in § 60.

Zu Buchstabe b

Die terminologische Anpassung in § 56 Absatz 1 Nummer 2 wird aufgegriffen. Inhaltliche Änderungen sind damit nicht verbunden.

Zu Buchstabe c

Durch den Wegfall des bisherigen § 59 können Ausländerinnen und Ausländer in einer Berufsausbildung künftig ohne die bisherigen Beschränkungen aufgrund Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus und Voraufenthaltszeit mit Berufsausbildungsbeihilfe als Leistung zum Lebensunterhalt unterstützt werden.

Für Gestattete, die in den Anwendungsbereich des Asylbewerberleistungsrechts fallen, gilt dies allerdings auch künftig nicht. Dies wird für eine Berufsausbildung durch die Ausnahme in Absatz 3 Satz 1 geregelt. Die befristete

Sonderregelung zur Leistung von Berufsausbildungsbeihilfe und Ausbildungsgeld für Asylbewerberinnen und Asylbewerber, bei denen ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist, in § 132 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 läuft regulär aus. Der Übergang wird durch eine Übergangsregelung in § 448 gestaltet.

Der Lebensunterhalt von Gestatteten in einer Berufsausbildung ist bereits nach geltendem Recht in den ersten 15 Monaten ihres Aufenthalts in Deutschland über Leistungen des AsylbLG abgesichert und soll dies zukünftig auch in den Folgemonaten sein. In Zukunft sollen damit für alle Gestatteten in einer betrieblichen Berufsausbildung die gleichen Unterstützungsmöglichkeiten bestehen. Dies ist sachgerecht, da für Gestattete in einer Berufsausbildung selbst bei einem bestandskräftig negativen Ausgang ihres Asylverfahrens über die Ausbildungsduldung und – bei einem erfolgreichen Abschluss der Berufsausbildung – über eine nachfolgende befristete Erlaubnis zur Beschäftigung eine tragfähige Bleibeperspektive besteht.

Für Geduldete in einer betrieblichen Berufsausbildung erhält Absatz 3 Satz 2 die bisherige unbefristete Zugangsregelung. Sie haben, wie bisher, nach 15 Monaten Aufenthalt in Deutschland im Anschluss an den Grundleistungsbezug nach dem AsylbLG Zugang zur Berufsausbildungsbeihilfe. Aufstockend dazu sollen sie zukünftig auch Leistungen des AsylbLG beziehen können.

Zu Nummer 13

Es handelt sich um eine der Änderung in § 52 Absatz 1 entsprechende terminologische Anpassung.

Zu Nummer 14

Zu Buchstabe a und Buchstabe b

Folgeänderungen zur terminologischen Anpassung in § 74.

Zu Buchstabe c

Der neue Absatz 3 regelt künftig unmittelbar in § 75 den Personenkreis, der mit ausbildungsbegleitenden Hilfen unterstützt werden kann. Die bisherigen Regelungen in § 78 Absatz 1 und 2 entfallen aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit. Zugleich wird der Kreis der allgemein förderungsberechtigten Personen geringfügig erweitert: Zum einen wird die Förderung mit ausbildungsbegleitenden Hilfen für den Fall erleichtert, dass es sich nicht um eine erste Berufsausbildung handelt. Zum anderen muss für die Unterstützung mit ausbildungsbegleitenden Hilfen nach der vorzeitigen Lösung eines Berufsausbildungsverhältnisses oder der erfolgreichen Beendigung der Berufsausbildung der junge Mensch nicht mehr lernbeeinträchtigt oder sozial benachteiligt sein. In den genannten Konstellationen kann die Unterstützung mit ausbildungsbegleitenden Hilfen über das bestehende Ermessen hinreichend gesteuert werden.

Über die allgemeine Erweiterung hinaus entfallen für ausbildungsbegleitende Hilfen Zugangsbeschränkungen aufgrund Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus oder Voraufenthaltszeit, wie sie bisher in § 78 Absatz 3 enthalten sind, ersatzlos. Damit können Unionsbürgerinnen und Unionsbürger sowie Staatsangehörige aus Drittstaaten unter denselben Voraussetzungen wie Inländerinnen und Inländer in oder – in den Fällen des Absatzes 3 Satz 1 Nummer 2 – nach einer betrieblichen Berufsausbildung oder während einer Einstiegsqualifizierung mit ausbildungsbegleitenden Hilfen unterstützt werden. Das ist sachgerecht: Im Zusammenhang mit einer betrieblichen Berufsausbildung unterstützen ausbildungsbegleitende Hilfen den Ausbildungserfolg. Im Zusammenhang mit einer Einstiegsqualifizierung stärken sie qualifizierende Elemente und leisten damit einen Beitrag, dass die Einstiegsqualifizierung den jungen Menschen auf eine Ausbildung und nicht lediglich auf die Aufnahme einer Arbeit vorbereitet.

Zu Nummer 15

Zu Buchstabe a

Es handelt sich um eine der Änderung in § 52 Absatz 1 entsprechende terminologische Anpassung.

Zu Buchstabe b

Die Neufassung von Absatz 3 ist eine Folgeänderung zur Einfügung des neuen Absatzes 5 (vergleiche Buchstabe c). Die bisher in Absatz 3 genannten Voraussetzungen werden, soweit sie personenbezogen sind, unmittelbar in Absatz 5 übernommen, um eine Verweisung oder Doppelung zu verhindern.

Zu Buchstabe c

Absatz 5 fasst – vorbehaltlich der in Absatz 6 geregelten Voraussetzungen – die personenbezogenen Zugangsvoraussetzungen der Unterstützung durch eine Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung zusammen. Inhaltliche Änderungen sind damit nicht verbunden. Bisher waren die entsprechenden Regelungen auf § 76 Absatz 3 sowie § 78 Absatz 1 und Absatz 2 verteilt.

Absatz 6 enthält nach Nationalität, Aufenthaltsstatus und Voraufenthaltszeit in Deutschland differenzierende Zugangsbeschränkungen. Diese orientieren sich künftig an den Zugangskriterien für Ausländerinnen und Ausländer zum SGB II. Zusätzlich werden Ausländerinnen und Ausländer, die auf Grundlage einer Aufenthaltserlaubnis allein für die Ausbildungs- oder Studienplatzsuche oder für eine Ausbildung oder ein Studium nach Deutschland kommen, von einer Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung ausgenommen.

Absatz 6 erweitert damit den bisherigen Zugang zur außerbetrieblichen Berufsausbildung, erhält aber mit der grundsätzlichen Orientierung am Zugang zum SGB II und den ergänzenden Einschränkungen sachgerechte Begrenzungen der Möglichkeit, Ausländerinnen und Ausländer mit öffentlichen Mitteln außerbetrieblich auszubilden. Dadurch sollen Fehlanreize und vorzeitige Förderungen mit diesem nachrangigen Instrument vermieden werden.

Zu Nummer 16

Die bisher in § 78 Absatz 1 und 2 geregelten personenbezogenen Förderungsvoraussetzungen werden unmittelbar bei dem jeweiligen Instrument Ausbildungsbegleitende Hilfen (§ 75 Absatz 3) und Außerbetriebliche Berufsausbildung (§ 76 Absatz 5) geregelt.

Die bisher in § 78 Absatz 3 mit Verweisen auf die Grundnorm § 59 enthaltenen, nach Nationalität, Aufenthaltsstatus und Voraufenthaltszeit in Deutschland differenzierenden Regelungen des Zugangs zu ausbildungsbegleitenden Hilfen und außerbetrieblicher Berufsausbildung entfallen. Für ausbildungsbegleitende Hilfen ist dies ersatzlos der Fall. Für die außerbetriebliche Berufsausbildung wird eine neu gefasste Zugangsregelung in § 76 Absatz 6 eingefügt.

Zu Nummer 17

Redaktionelle Folgeänderung zur Änderung des § 159 SGB III.

Zu Nummer 18**Zu Buchstabe a**

Es handelt sich um eine der Änderung in § 52 Absatz 1 entsprechende terminologische Anpassung.

Zu Buchstabe b**Zu Doppelbuchstabe aa**

Folgeänderung zur terminologischen Anpassung in Absatz 1 Satz 1.

Zu Doppelbuchstabe bb

Der Zugang von Ausländerinnen und Ausländern zur Assistierten Ausbildung wird neu geregelt. Der derzeitige Verweis auf die künftig entfallende Grundnorm § 59 wird gestrichen.

Damit können Unionsbürgerinnen und Unionsbürger sowie Staatsangehörige aus Drittstaaten künftig in der ausbildungsbegleitenden Phase unter denselben Voraussetzungen wie Inländerinnen und Inländer mit Assistierter Ausbildung unterstützt werden. Das gilt weitgehend auch für die ausbildungsvorbereitende Phase.

Hier enthält der neue Absatz 2a allerdings auch künftig Beschränkungen für Ausländerinnen und Ausländer.

Zu Buchstabe c

Der neue Absatz 2a enthält für die ausbildungsvorbereitende Phase auch künftig Zugangsbeschränkungen für Ausländerinnen und Ausländer. Die Voraussetzungen in Absatz 2a müssen zusätzlich zu den in Absatz 2 genannten Voraussetzungen erfüllt sein.

Satz 1 stellt ausdrücklich klar, dass für Ausländerinnen und Ausländer auch für den Zugang zur ausbildungsvorbereitenden Phase der Assistierten Ausbildung als Leistung der Arbeitsförderung ein allgemeiner Arbeitsmarktzugang Voraussetzung ist. Das ist zum Beispiel dann nicht der Fall, wenn ein Beschäftigungsverbot vorliegt. Der Zugang zur ausbildungsvorbereitenden Phase der Assistierten Ausbildung, die den Übergang in eine Berufsausbildung erleichtern soll, wird nur eröffnet, wenn der Ausländerin oder dem Ausländer die Aufnahme einer Arbeit grundsätzlich erlaubt ist. Auch eine nachfolgende Aufnahme einer betrieblichen Berufsausbildung, die ein besonderes Beschäftigungsverhältnis begründet, kann nur erfolgen, wenn der gegenüber dem allgemeinen Arbeitszugang allerdings etwas erleichterte Zugang zum Ausbildungsmarkt besteht. Aus diesem Grund bedarf es einer entsprechenden Regelung für die parallel zu einer betrieblichen Berufsausbildung mögliche ausbildungsbegleitende Phase nicht.

Satz 2 enthält für die ausbildungsvorbereitende Phase aufgrund des nicht gesicherten Aufenthaltsstatus darüber hinausgehende Beschränkungen für Gestattete und Geduldete. Für sie ist nach Nummer 1 Voraussetzung, dass sie sich seit mindestens 15 Monaten erlaubt, gestattet oder geduldet in Deutschland aufhalten. Dies entspricht der bisherigen Regelung für den Zugang Geduldeter zur Assistierten Ausbildung. Diese Voraussetzung soll einer Fehlallokation vorbeugen. Die ausbildungsvorbereitende Phase der Assistierten Ausbildung ist eine Maßnahme bei einem Bildungsträger, über die Teilnahme an ihnen entscheiden die Agenturen für Arbeit im Rahmen ihres Ermessens. Aufgrund ihres ausbildungsintegrativen Charakters ist es sachgerecht, ein derartiges Angebot für Gestattete und Geduldete erst zu öffnen, wenn der Aufenthalt bereits eine gewisse Dauer hat.

Da in vielen Fällen der Fluchtmigration zunächst der Erwerb von grundlegenden schulischen Kenntnissen und vor allem Kenntnissen der deutschen Sprache im Mittelpunkt stehen wird und diese Kenntnisse Voraussetzung für den Erfolg der Maßnahme sind, normiert Nummer 2, dass solche Kenntnisse auf einem Niveau vorliegen müssen, das einen erfolgreichen Übergang in eine Berufsausbildung nach Absolvieren der Maßnahme erwarten lässt. Entscheidend sind die bisher erlangten Kenntnisse und Fähigkeiten, ein formaler Schulabschluss ist hingegen keine Voraussetzung.

Zu Buchstabe d bis Buchstabe f

Folgeänderungen zur terminologischen Anpassung in Absatz 1 Satz 1.

Zu Nummer 19

Folgeänderung zur Entfristung der bisherigen Sonderregelung zur Eingliederung von Ausländerinnen und Ausländern mit einer Aufenthaltsgestattung.

Zu Nummer 20

Mit der Neufassung des Zugangs von Ausländerinnen und Ausländern zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung entfällt neben der Grundnorm § 59 auch die Regelung in § 132, die den Zugang nach § 59 befristet erweitert hat. Der Übergang wird im neuen § 448 geregelt.

Zu Nummer 21

Der Erwerb der deutschen Sprache ist für die gelingende gesellschaftliche Integration und insbesondere für die dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt eine wesentliche Voraussetzung. Der Spracherwerb wird auf Bundesebene im Rahmen des Gesamtprogramms Sprache über die Integrationskurse nach § 43 AufenthG zur Integration in das wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Leben bis zum Sprachniveau B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmes für Sprachen und in der Regel darauf aufbauend als berufsbezogene Deutschsprachförderung nach § 45a Absatz 3 AufenthG vom Sprachniveau B1 bis C2 zur Integration in den Arbeitsmarkt gefördert.

Inzwischen wird von der BA zunehmend auch bei Migrantinnen und Migranten (auch Geflüchteten), die zuvor bereits versicherungspflichtig beschäftigt waren und dadurch die Anwartschaftszeit auf den Anspruch auf Arbeitslosengeld erfüllen, die Notwendigkeit der Teilnahme an Integrationskursen und Kursen der berufsbezogenen Deutschsprachförderung für eine erfolgreiche und nachhaltige Arbeitsmarktintegration festgestellt. Um der Bedeutung des Spracherwerbs für die Eingliederung in den Arbeitsmarkt Rechnung zu tragen, wird die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen, dass Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Integrationskursen und an Kursen der berufsbezogenen Deutschsprachförderung nicht allein wegen fehlender Verfügbarkeit vom Anspruch auf Arbeitslosengeld ausgeschlossen werden. Aus diesem Grund wird für die Leistungsberechtigten im SGB III die Verfügbarkeit für einen Anspruch auf Arbeitslosengeld fingiert. Wenn die Agentur für Arbeit die Notwendigkeit der

Sprachförderung für eine dauerhafte berufliche Eingliederung festgestellt hat, entspricht es dem Interesse der Gemeinschaft der Beitragszahlenden, die Kursteilnahme durch die Zahlung von Arbeitslosengeld zu sichern. Auf diese Weise wird die Gefahr instabiler Arbeitsverhältnisse verringert, an deren Ende jeweils ein erneuter Anspruch auf Zahlung von Arbeitslosengeld stehen könnte.

Gleichzeitig werden so Fehlanreize beseitigt, indem bei Arbeitslosengeldbeziehenden der Lebensunterhalt während der Teilnahme an dem Integrationskurs oder dem Kurs zur berufsbezogenen Deutschsprachförderung sichergestellt wird und so für diejenigen die Teilnahme an einem solchen Kurs erleichtert wird, die bereits durch eine vorherige sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erste wichtige Integrationsschritte geleistet haben.

Die Notwendigkeit zur Teilnahme an einem Integrationskurs oder einer berufsbezogenen Deutschsprachförderung orientiert sich an den im Beratungs- und Vermittlungsgespräch ermittelten Handlungsbedarfen in der Potenzialanalyse und dem daraus abgeleiteten strategischen Vorgehen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Es müssen Sprachdefizite vorliegen, die durch die Teilnahme am Integrationskurs oder am Kurs zur berufsbezogenen Deutschsprachförderung abgebaut werden können. Zudem muss die Kursteilnahme mit Blick auf die zu erwartenden Beschäftigungsmöglichkeiten prognostisch zu einer nachhaltigen beruflichen Integration in den Arbeitsmarkt führen. Damit soll mit dem jeweiligen Kurs nicht nur eine berufliche Perspektive eröffnet, sondern auch die Chance auf eine qualifikationsadäquate Beschäftigung vergrößert werden. Die Teilnahme am Integrationskurs oder an einem Kurs der berufsbezogenen Deutschsprachförderung ist durch die Agentur für Arbeit festzulegen und nachzuhalten. Für die Teilnahmeberechtigung, die Verpflichtung zur Teilnahme und die Zugangsvoraussetzungen gelten die Bestimmungen der §§ 44, 44a, 45a AufenthG sowie des § 9 Absatz 1 Satz 1 des Bundesvertriebenengesetzes in Verbindung mit der Integrationskursverordnung und der Verordnung über die berufsbezogene Deutschsprachförderung.

Zu Nummer 22

Folgeänderung zur Änderung des § 159.

Zu Nummer 23

Zu Buchstabe a

Zu Doppelbuchstabe aa

Neue Nummer 6

Weigert sich die oder der Arbeitslose nach einer Aufforderung der Agentur für Arbeit an einem Integrationskurs oder einem Kurs der berufsbezogenen Deutschsprachförderung, der nach Entscheidung der Agentur für Arbeit für die dauerhafte berufliche Eingliederung notwendig ist, teilzunehmen, ohne dafür einen wichtigen Grund zu haben, liegt ein versicherungswidriges Verhalten vor. Dies gilt auch für eine Weigerung gegenüber Verfahrensschritten, die der Aufnahme eines Integrationskurses oder eines Kurses der berufsbezogenen Deutschsprachförderung vorgelagert sind. Die Solidargemeinschaft der Beitragszahlenden kann erwarten, dass die Betroffenen durch ordnungsgemäße Teilnahme an den Kursen dazu beitragen, eine dauerhafte berufliche Eingliederung zu erreichen.

Neue Nummer 7

Wie die Weigerung einer Teilnahme stellt auch der Abbruch eines Integrationskurses oder eines Kurses der berufsbezogenen Deutschsprachförderung ein versicherungswidriges Verhalten dar.

Zu Doppelbuchstabe bb

Redaktionelle Folgeänderung zur Einfügung der Nummern 6 und 7 in § 159 Absatz 1.

Zu Buchstabe b

Redaktionelle Folgeänderung zur Änderung des § 159 Absatz 1.

Zu Buchstabe c

Die Dauer der Sperrzeit bei Ablehnung oder Abbruch eines Integrationskurses oder eines Kurses der berufsbezogenen Deutschsprachförderung beträgt bei erstmaligem versicherungswidrigem Verhalten drei Wochen, im Falle eines zweiten versicherungswidrigen Verhaltens sechs Wochen, in den übrigen Fällen zwölf Wochen.

Zu Nummer 24

Die Übergangsregelung verhindert mit Satz 1, dass die Möglichkeit der Förderung von Gestatteten, bei denen ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist, mit Berufsausbildungsbeihilfe und Ausbildungsgeld früher ausläuft als es bisher im Gesetz vorgesehen war. Ohne die Übergangsregelung wäre für diese Personengruppe eine Antragstellung ab dem 1. August 2019 nicht mehr möglich, obwohl § 132 in der bisher geltenden Fassung dies erst ab dem 1. Januar 2020 nicht mehr vorsieht.

Zugleich stellt die Regelung für gestattete Auszubildende, deren Ausbildung zu Beginn mit Berufsausbildungsbeihilfe unterstützt werden kann, sicher, dass die Unterstützung für die gesamte Ausbildung erfolgen kann. Dadurch wird Kontinuität und Rechtssicherheit gewährleistet. Relevanz hat dies besonders für Anträge auf Fortsetzung einer Förderung mit Berufsausbildungsbeihilfe nach dem jeweiligen Bewilligungszeitraum von 18 beziehungsweise zwölf Monaten (§ 69 Absatz 1 Satz 2).

Voraussetzung ist, dass die Ausbildung vor dem 31. Dezember 2019 begonnen wurde. Darüber hinaus müssen zu diesem Zeitpunkt der erste Antrag auf die Zahlung von Berufsausbildungsbeihilfe oder Ausbildungsgeld gestellt worden sein und die Voraussetzungen für eine Förderung vorliegen. Sind die Voraussetzungen erfüllt, kann zum Beispiel auch im Frühjahr 2020 oder 2021 noch ein Antrag auf Fortsetzung der Förderung mit Berufsausbildungsbeihilfe oder Ausbildungsgeld gestellt und bewilligt werden. Satz 2 stellt aus Gründen der Förderungskontinuität klar, dass für die Voraussetzung, dass ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist, über die gesamte Ausbildung hinweg allein maßgeblich ist, ob sie bei der ersten Antragstellung vorlag. Spätere Änderungen sind damit unerheblich.

Zu Artikel 2 (Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch)

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Aufhebung von § 59 SGB III und zur Zusammenfassung der personenbezogenen Voraussetzungen für die Berufsausbildungsbeihilfe während einer Berufsausbildung in § 60 SGB III.

Zu Artikel 3 (Änderung des Aufenthaltsgesetzes)**Zu Nummer 1 und Nummer 2**

Der Integrationskurs wird weiter als bisher für bestimmte Gruppen von Gestatteten geöffnet, um ihre Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu verbessern. Ziel ist, ihnen durch den frühzeitigen Erwerb deutscher Sprachkenntnisse die Aufnahme einer Beschäftigung zu erleichtern. Hierdurch soll die Abhängigkeit dieser Personengruppe von Sozialleistungen reduziert beziehungsweise vermieden werden. Wie bisher können Gestattete, bei denen ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist, an Integrationskursen teilnehmen. Darüber hinaus können Gestattete künftig an einem Integrationskurs teilnehmen, wenn sie sich seit mindestens neun Monaten gestattet im Bundesgebiet aufhalten und zum Zeitpunkt der Zulassung zur Teilnahme bei der Agentur für Arbeit ausbildungssuchend, arbeitsuchend oder arbeitslos gemeldet oder beschäftigt sind oder in einer Berufsausbildung im Sinne von § 57 Absatz 1 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch stehen oder in Maßnahmen nach dem Zweiten Unterabschnitt des Dritten Abschnitts des Dritten Kapitels oder § 130 Absatz 1 Satz 2 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch gefördert werden. Asylbewerber, die aus einem sicheren Herkunftsstaat nach § 29a AsylG stammen, können zur Teilnahme an einem Integrationskurs nicht zugelassen werden. Wie bisher bauen im Rahmen des Gesamtprogramms Sprache der Bundesregierung die Maßnahmen der berufsbezogenen Deutschsprachförderung für Gestattete in der Regel auf der allgemeinen Sprachförderung der Integrationskurse auf (§ 45a Absatz 1 Satz 2 AufenthG). Gestattete haben hierbei nach Bedarf Zugang zur berufsbezogenen Deutschsprachförderung, es gelten dieselben Voraussetzungen wie für die Zulassung zum Integrationskurs. Asylbewerber, die aus einem sicheren Herkunftsstaat nach § 29a AsylG stammen, können zur Teilnahme an der berufsbezogenen Deutschsprachförderung nicht zugelassen werden.

Zu Artikel 4 (Änderung der Deutschsprachförderverordnung)**Zu Nummer 1**

Die berufsbezogene Deutschsprachförderung wird weiter als bisher für Geduldete geöffnet. Wie bisher können Personen mit einer Duldung nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG eine Teilnahmeberechtigung erhalten (§ 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1). Personen mit einer Duldung aufgrund anderer Vorschriften können eine Teilnahmeberechtigung erhalten, wenn die Voraussetzungen nach § 4 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a oder c oder

Nummer 3 vorliegen und sie sich seit mindestens sechs Monaten geduldet im Bundesgebiet aufhalten (§ 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2). Durch die Bezugnahme auf § 4 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a, c beziehungsweise Nummer 3 ist gewährleistet, dass nach dieser Vorschrift Geduldete keine Teilnahmeberechtigung erhalten können, wenn sie aufgrund eines aufenthaltsrechtlichen Verbots, ihnen eine Erwerbstätigkeit zu erlauben, perspektivisch keine Erwerbstätigkeit ausüben können: Es können sich nur Personen ausbildungsuchend, arbeitssuchend oder arbeitslos melden beziehungsweise in Maßnahmen nach dem Zweiten Unterabschnitt des Dritten Abschnitts des Dritten Kapitels oder § 130 Absatz 1 Satz 2 SGB III gefördert werden (§ 4 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a), die grundsätzlich vermittlungsfähig sind. Dies ist bei Personen, die aufgrund eines aufenthaltsrechtlichen Verbots, ihnen eine Erwerbstätigkeit zu erlauben, perspektivisch keine Erwerbstätigkeit ausüben können, nicht der Fall. Bei Beschäftigten (§ 4 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe c) und Auszubildenden während einer Berufsausbildung im Sinne von § 57 Absatz 1 SGB III (§ 4 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3) liegt eine Beschäftigungserlaubnis der Ausländerbehörde vor. Die Voraussetzungen müssen zum Zeitpunkt der Erteilung einer Teilnahmeberechtigung vorliegen.

Zu Nummer 2

Es wird geregelt, dass in der Teilnahmeberechtigung darauf hingewiesen wird, dass die Erteilung der Teilnahmeberechtigung und die Teilnahme an einem Berufssprachkurs bei Personen nach § 4 Absatz 1 Satz 2 das Ermessen der Ausländerbehörde bei der Erteilung einer Erlaubnis zur Beschäftigung und die Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht unberührt lassen.

Zu Nummer 3

Künftig erhalten auch Teilnehmende an Kursen der berufsbezogenen Deutschsprachförderung, die Arbeitslosengeld beziehen, auf Antrag einen Zuschuss zu den notwendigen Fahrkosten. Dies ist nach den Erfahrungen der BA notwendig, um die Teilnahmebereitschaft und die Inanspruchnahme der Kurse der berufsbezogenen Deutschsprachförderung zu gewährleisten.

Zu Nummer 4

Die Spezialberufssprachkurse nach § 13 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 und 4, die auf die Erreichung des Sprachniveaus B 1 und A 2 ausgerichtet sind, werden für Geduldete, die keinen Zugang zum Integrationskurs nach § 43 AufenthG haben, geöffnet. Personen, die Zugang zum Integrationskurs haben, können wie bisher nur dann an den Spezialberufssprachkursen nach § 13 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 und 4 teilnehmen, wenn sie trotz einer ordnungsgemäßen Teilnahme am Integrationskurs das Sprachniveau B 1 nicht erreicht haben.

Zu Artikel 5 (Inkrafttreten)

Durch das Inkrafttreten am 1. August 2019 stehen die Verbesserungen bei der Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung rechtzeitig zum Beginn des neuen Ausbildungsjahres zur Verfügung.

Anlage 2

Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gem. § 6 Absatz 1 NKR**Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern – Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz (NKR-Nr. 4795, BMAS)**

Der Nationale Normenkontrollrat hat den Entwurf des oben genannten Regelungsvorhabens geprüft.

I. Zusammenfassung

Bürgerinnen und Bürger Jährlicher Erfüllungsaufwand:	7.270 Stunden (182.000 Euro)
Wirtschaft Jährlicher Erfüllungsaufwand ausschließlich aus Informationspflichten:	45.000 Euro
Verwaltung (Bund) Jährlicher Erfüllungsaufwand (nur 2019): Jährlicher Erfüllungsaufwand (ab 2020): Einmaliger Erfüllungsaufwand:	367.000 Euro 320.000 Euro ca. 2,2 Mio. Euro
'One in one out'-Regel	Im Sinne der 'One in one out'-Regel der Bundesregierung stellt der jährliche Erfüllungsaufwand der Wirtschaft in diesem Regelungsvorhaben ein „In“ von ca. 45.000 Euro dar. Die Kompensation erfolgt mit einem anderen Vorhaben aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.
Das Ressort hat den Erfüllungsaufwand nachvollziehbar dargestellt. Der Nationale Normenkontrollrat erhebt im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags keine Einwände gegen die Darstellung der Gesetzesfolgen in dem vorliegenden Regelungsentwurf.	

II. Im Einzelnen

Mit dem Gesetzentwurf sollen die für Ausländerinnen und Ausländer nach Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus und zum Teil nach Voraufenthaltszeiten in Deutschland differenzierenden und sehr unübersichtlichen Zugangsregelungen zur Förderung von Berufsausbildung einschließlich Leistungen zum Lebensunterhalt und Ausbildungsvorbereitung im SGB III und im SGB II neu geregelt werden. Dies soll die Arbeitsmarktintegration und den Spracherwerb insbesondere bei jungen Menschen fördern.

Menschen mit EU-Staatsangehörigkeit oder mit Fluchthintergrund sollen Zugang zu Leistungen zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung schneller bzw. überhaupt

erhalten können. Deshalb entfällt differenzierte Aufzählung förderungsberechtigter Ausländerinnen und Ausländer für Berufsausbildungsbeihilfe. Zudem werden ausbildungsbegleitende Unterstützungsleistungen nun vollständig geöffnet.

Integrationskurse werden für bestimmte Gruppen von Gestatteten, die nicht aus einem sicheren Herkunftsstaat nach § 29a des Asylgesetzes stammen, weiter geöffnet. Ebenso werden Berufssprachkurse für Geduldete mit Arbeitsmarktzugang weiter geöffnet. Bestehende Förderlücken hinsichtlich der Lebensunterhaltssicherung von Leistungsbeziehern nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) in einer Ausbildung sollen durch eine mit dem AsylbLG abgestimmte Gesamtlösung geschlossen werden.

II.1. Erfüllungsaufwand

Bürgerinnen und Bürger

Der jährliche Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger liegt bei knapp 7.300 Stunden (ca. 182.000 Euro). Davon entfallen 6.300 Stunden jährlich auf die Stellung zusätzlicher Anträge auf die Anmeldung bei einem Kursträger (40 Minuten im Einzelfall, 9.400 zusätzliche Teilnehmende; davon 4.400 Teilnehmende an Integrationskursen und 5.000 Teilnehmende an Berufssprachkursen). Da ausländische Bürgerinnen und Bürger Leistungen zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung leichter in Anspruch nehmen können, führt dies zu einer erhöhten Stellung von Anträgen auf Berufsausbildungsbeihilfeleistungen und somit ein zusätzlicher Erfüllungsaufwand von rund 1.000 Stunden jährlich.

Wirtschaft

Der jährliche Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft beträgt 45.000 Euro. Darin enthalten ist der Verwaltungsaufwand in Höhe von 21.000 Euro, der den Integrationskursträgern durch die Bearbeitung der Anmeldungen bzw. Ausstellung der Anmeldebestätigungen und durch die Nennung des voraussichtlichen Kursbeginns für ca. 4.400 zusätzliche Teilnehmer entsteht. Zudem entstehen den Trägern der Berufssprachkurse 23.900 Euro unter der Voraussetzung, dass sich jährlich rund 5.000 Personen zusätzlich zu Berufssprachkursen anmelden, aufgrund laufender Kosten für die Anmeldung bzw. die Annahme der Teilnahmeberechtigungen (Annahmen für den Einzelfall: 7 Minuten Bearbeitungsdauer, 32,30 Euro Lohnsatz Erziehung und Unterricht/ mittleres Qualifikationsniveau, 1 Euro Sachkosten pro Fall).

Verwaltung (Bund)

Der jährliche Erfüllungsaufwand für die Verwaltung des Bundes liegt im Jahr 2019 bei 367.000 Euro bzw. ab dem Jahr 2020 bei 320.000 Euro.

Die Änderungen beim Zugang von ausländischen Bürgerinnen und Bürgern zu den Leistungen zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung führt bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) zu mehr Förderfällen im Jahr 2019 und den Folgejahren. Damit entsteht auch zusätzlicher Erfüllungsaufwand. Durch den neu geregelten Zugang zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsvorbereitung kann jedoch der anfallende Prüfaufwand pro Förderfall gesenkt werden. Deshalb sinkt der im Jahr 2019 zunächst anfallende zusätzliche Aufwand von 275.000 Euro auf rund 228.000 Euro ab dem Jahr 2020.

Weitere 48.000 Euro jährlich entstehen bei den Agenturen für Arbeit durch die Ausstellung der Teilnahmeberechtigungen für Berufssprachkurse (5.000 zusätzliche Teilnehmende in Berufssprachkursen, 10 Minuten pro Einzelfall, Lohnkosten von 45,50 Euro pro Stunde, zzgl. 10.000 Euro Sachkosten).

Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) entstehen ca. 44.000 Euro jährlich durch die Öffnung des Zugangs zu Integrationskursen und Berufssprachkursen (Annahmen für den Einzelfall: 7 Minuten Bearbeitungsdauer, Lohnsatz mittlerer Dienst 31,70 Euro, 1 Euro Sachkosten pro Fall). Von den genannten 44.000 Euro pro Jahr entfallen 23.000 Euro auf die Abwicklung der Anmeldeformalitäten und Fahrkostenzuschüsse zum Berufssprachkurs für ca. 5.000 zusätzliche Antragsteller. Weitere 21.000 Euro entfallen auf die Bearbeitung der Anträge auf Zulassung zum Integrationskurs für ca. 4.400 zusätzliche Antragsteller.

Zudem entstehen einmalige Erfüllungsaufwände bei der Bundesagentur für Arbeit durch die Umstellung von IT-Verfahren, fachlichen Weisungen und Merkblättern von ca. 2,2 Mio. Euro im Jahr 2019.

Die Ausweitung der Förderberechtigung verursacht Kosten für IT-Anpassungen bei den Fachverfahren der Berufsausbildungsbeihilfe und Ausbildungsförderung von insgesamt 2,2 Mio. Euro (1.500 Personentagen, 1.480 Euro pro Personentag), darunter:

- | | |
|---------------------|------------|
| 1) COSACH | ca. 200 PT |
| 2) BAB/Reha-Linie | ca. 200 PT |
| 3) BAB/Reha-Projekt | ca. 200 PT |
| 4) Colibri-Linie | ca. 200 PT |
| 5) Colibri-Umbau | ca. 500 PT |
| 6) VerBIS | ca. 200 PT |

Hinzu kommt einmaliger Umstellungsaufwand von ca. 15.000 Euro (davon 13.000 Euro Personalkosten und 2.000 Euro Sachkosten) für die Anpassung der IT-Programme, wobei die Fachbereiche entsprechende Zu- und Vorarbeiten leisten und Weisungen angepasst werden müssen.

II.2. ‚One in one Out‘-Regel

Im Sinne der ‚One in one out‘-Regel der Bundesregierung stellt der jährliche Erfüllungsaufwand der Wirtschaft in diesem Regelungsvorhaben ein „In“ von 45.000 Euro dar. Die Kompensation erfolgt mit einem anderen Vorhaben aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

III. Ergebnis

Die Ausführungen des Ressorts sind nachvollziehbar und plausibel dargestellt. Der Nationale Normenkontrollrat erhebt im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags keine Einwände gegen die Darstellung der Gesetzesfolgen in dem vorliegenden Regelungsentwurf.

Dr. Ludewig
Vorsitzender

Dr. Dückert
Berichterstatterin

